

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Vom Reichsgericht zugelassen:

Wiederaufnahme Bullerjahn!

Niederlage des Oberreichsanwalts / Erster Fall der Revision einer höchstrichterlichen Entscheidung

b. j. Berlin, 30. März 1932.

Soeben trifft aus Leipzig die Nachricht ein, daß der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts nach fast einjähriger Dauer einer neuen Beweisaufnahme endlich beschlossen hat, die Wiederaufnahme des durch Reichsgerichtsurteil vom 11. Dezember 1925 rechtskräftig geschlossenen Verfahrens wegen Landesverrats gegen den Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn (15 Jahre Zuchthaus!) endgültig zuzulassen und eine neue Hauptverhandlung in dieser Sache anzuberaumen.

Der Beschluß besagt, daß die neue Beweisaufnahme „immerhin einige Tatsachen ergeben habe, die es als zweifelhaft erscheinen ließen, ob nicht der Senat, der das Urteil erlassen habe, bei Kenntnis der neuen Tatsachen zu einer anderen Entscheidung gekommen wäre“.

Für den Beschluß zeichnet der Senatspräsident Dr. Büniger, der frühere sächsische Ministerpräsident, und die Reichsgerichtsräte Dr. Coenders und Klimmer.

b. j. Berlin, 30. März 1932.

Der Beschluß des Vierten Strafsenats bedeutet zunächst eine unzweideutige Desavouierung des Oberreichsanwalts, der mehrfach, zuletzt noch in einem ausführlichen Schriftsatz vom 5. Dezember den Senat ersucht hat, den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, den unser Genosse Rosenfeld, als Verteidiger Bullerjahns, mit Nachdruck vertreten hat, zurückzuweisen. Des weiteren bedeutet der Beschluß aber auch eine schwere Niederlage des Reichsgerichts selbst. Solange diese Institution besteht — seit dem Jahre 1879 also — ist es noch nicht vorgekommen, daß das Reichsgericht selbst eines seiner Urteile, die es bekanntlich in Hoch- und Landesverrats-sachen in erster und letzter Instanz fällt, als dem Recht zuwiderlaufend anerkannt und darum aufgehoben hätte. Noch ist das Zuchthausurteil gegen Bullerjahn zwar nicht aufgehoben; dieser Fall wird erst eintreten, wenn ein neues Urteil gefällt wird — aber mit der Anberaumung einer neuen Hauptverhandlung ist praktisch das erste Urteil vom Dezember 1925 bereits gefallen. Man wird nicht erwarten können, daß der Strafsenat nach dem Ergebnis einer neuen Hauptverhandlung das alte Urteil bestätigen werde.

Mit dem gestrigen Beschluß des Vierten Strafsenats ist zunächst eine Entwicklung zum vorläufigen Abschluß gelangt, die mit dem Beschluß des Senats vom 11. Mai des vergangenen Jahres, mit dem das Wiederaufnahmeverfahren für „an sich zulässig“ erklärt wurde, ihren Anfang genommen hat. In Verfolg dieses Beschlusses sind eine Reihe von Ermittlungen eingeleitet worden, die den Charakter einer neuen Beweisaufnahme hatten. Insbesondere wurde die lange unbekannt gebliebene „Vertrauensperson der Polizei“, der langjährige Generaldirektor der Berlin-Karlsruher Industriewerke, der Geheime Baurat Dr. Ing. Paul von Gontard, vernommen. Er entwickelte sich, unter seinem Eide, in gefährliche Widersprüche; hat wichtige Tatsachen, die ihm bekannt geworden sein mußten, verschwiegen, und sich in jeder Beziehung als unglaubwürdig und vor allem in solcher Sache, die ihn selbst aufs höchste materiell interessieren mußte, keines Vertrauens würdig gezeigt. In der Hauptverhandlung vom Dezember 1925 und in ihrer Voruntersuchung haben bekanntlich zwei Berliner Vernehmungsrichter des Oberreichsanwalts und ein Kriminalkommissar von der

Zentralstelle der Berliner Polizei für Spionageabwehr unter ihrem Eid erklärt, daß von Gontard materiell an dieser Sache uninteressiert und in jeder Beziehung vertrauenswürdig sei.

Ein anderer Tatsachenkomplex betraf den früheren französischen Leutnant Jost. Von ihm war im Urteil behauptet worden, daß er Bullerjahns Verrat entgegengenommen und ihn honoriert habe. Durch eine Keußerung Josts, den Berthold Jacob aufsuchte, wurde klargestellt, daß Jost den Bullerjahn überhaupt nicht kannte und ihm infolgedessen auch kein Geld für den angeblich von Bullerjahn begangenen Verrat bezahlt haben konnte. Da trotz vielfacher Bemühungen der Verteidigung und zuletzt auch des Auswärtigen Amtes die Herbeiführung der Aussagegenehmigung von dem verstorbenen französischen Kriegsminister Maginot nicht zu erreichen war, gab sich das Reichsgericht schließlich mit der eidlichen Aussage Jacobs und der ihren Inhalt bestäti-

genden des Berliner Rechtsanwalts Cohn zufrieden. Noch gegenüber diesen unzweideutigen Feststellungen, die eine vollkommene Erschütterung der betreffenden „Feststellungen“ des Urteils herbeiführte, blieb der Oberreichsanwalt bei seiner Weigerung, dem Wiederaufnahmeantrag zuzustimmen. Mit Wortklaubereien suchte er nun die „Feststellung“ des Urteils, daß Bullerjahn sich an einem bestimmten Tage in die Wohnung des Jost begeben habe, um seinen „Verräterlohn“ in Empfang zu nehmen... dahin auszuweiten, daß mit dieser Wendung bloß gemeint sei, daß Bullerjahn sich habe in die Wohnung Josts begeben wollen...

Es ist gut, daß das Reichsgericht diesen Ausflüchten des Oberreichsanwalts offenbar nicht hat folgen wollen und können.

Noch ist der Fall Bullerjahn, die schwächende Wunde am Körper der deutschen Justiz, nicht ausgebrannt. Manches in der Formulierung des Beschlusses deutet darauf hin, daß vom Reichsgericht noch neue Schwierigkeiten gesucht werden können, bis die Wahrheit ihren Endtriumph feiern kann.

Aber es gibt nun kein Halten mehr. Der Fall Bullerjahn, dem auch, nicht zuletzt, unser verstorbener Genosse Paul Levi seine ganze Kraft und seine große juristische Begabung geliehen hat, den jetzt unser Genosse Rosenfeld bis zu der heute erreichten Etappe geführt hat, muß zu dem Abschluß geführt werden, der seiner Bedeutung für die deutsche Justiz nicht nur, sondern für die Gerechtigkeit — was etwas anderes bedeutet! — angemessen ist.

Militär gegen Streikende

Prag, 29. März 1932.

Im Laufe des Dienstag kam es in Brück, Komotau und Görkau zu scharfen Zusammenstößen zwischen der zahlreich in das nordwestböhmische Streikgebiet kommandierten Gendarmerie und den streikenden Bergarbeitern. Eine Versammlung in Görkau wurde verboten, jedoch kamen Streikende aus der ganzen Umgebung in großen Zügen nach der Stadt. Die Menge zerstreute sich, als die Gendarmerie Miene machte, Feuer zu geben. Gegen Abend griffen etwa 1000 Streikende, um die Arbeiten des Julius-Schachtes zum Stillstand zu bringen, eine Gendarmerieabteilung an, die den Zugang zum Schacht absperrete. Nun wurde der Befehl zum Schießen gegeben. Nach amtlicher Nachricht soll nur eine blinde Salve abgegeben worden sein. Kein Arbeiter ist verletzt worden. Die Arbeiter selbst behaupten jedoch, daß sieben von ihnen leicht und zwei schwer verwundet auf dem Platz geblieben seien. Weiter seien zwei Arbeiter sowie der kommunistische Abgeordnete Hadek durch Bajonettstiche verwundet worden.

Da die Menge nicht wich, wurde Militär herbeigerufen. In das Krankenhaus Komotau wurden bis abends neun Uhr zwei Gendarmen und eine Frau leicht verwundet eingeliefert.

Die Städte im ganzen westböhmischen Kohlenrevier sind von Gendarmeriepatrouillen besetzt.

Die Aufregung in der Bevölkerung ist ziemlich groß. Der Betriebsrat des Bergreviers hat eine Kundgebung erlassen, wonach er die Betriebe auffordert, die Kündigungen sofort zurückzunehmen. Wenn dies nicht geschehen sollte, so könnten die Bergarbeiterverbände die Verantwortung für das Kommende nicht mehr übernehmen. Die Bergarbeiterverbände seien entschlossen, die Unterstützung ihrer Mitglieder bis aufs Äußerste fortzuführen. Weiter wird

die Nationalisierung der Bergwerke und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden gefordert.

Vom Parteitag zur Aktion

Von Kurt Rosenfeld

Wir drucken im folgenden gekürzt die Rede ab, mit der der Parteivorstand Kurt Rosenfeld den ersten Parteitag der SAP schloß und in der er die Arbeiten des Parteitages und seine Bedeutung noch einmal zusammenfaßte.

Die Arbeiten des ersten Parteitages der SAP sind erledigt. Es liegen schwere Tage hinter uns, schwere Tage heißen Ringens, das bestimmt war auf allen Seiten von dem Wunsch, die Partei zu fördern im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung, die SAP zu einer, zu der revolutionären Partei Deutschlands zu machen.

Es hat sich erwiesen, daß unsere junge Partei stark genug war, harte Auseinandersetzungen über die Auffassungen der Partei, über die Richtlinien unseres politischen Handelns zu ertragen. Es hat sich gezeigt, daß wir in der Lage waren, im Gegensatz zur SPD und KPD, in unserer Partei verschiedenen Meinungen freien Spielraum zu lassen, zu dem Zwecke der Selbstverständigung, und schließlich Beschlüsse zu fassen, die im Interesse der deutschen Arbeiterklasse liegen. Die Meinungsfreiheit haben wir gewährt, das ist ausdrücklich durch Beschluß des Parteitages festgestellt. Nachdem wir die Beschlüsse gefaßt haben, ist es selbstverständlich die

Pflicht des Parteivorstandes, darüber zu wachen, daß die Prinzipienklärung, die mit überwältigender Mehrheit angenommen worden ist, die Richtschnur für die praktische Politik der Partei sein wird.

Das wird eine der schwersten Aufgaben des Parteivorstandes sein, aber wir werden diese Aufgabe erfüllen, weil wir die Verpflichtung dazu vor dem Parteitag übernommen haben.

Bei unseren Auseinandersetzungen zeigte sich im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei, daß niemand sich von anderen Gedanken leiten ließ, als von dem Gedanken, die Arbeiterbewegung zu fördern. Bei uns gibt es keine Interessenvertretung, als die Vertretung der Interessen, die wir alle übernommen haben.

die Vertretung des klassenbewußten Proletariats Deutschlands.

Wenn die Gegner geschrieben haben, lange vor dem Parteitag und zum Parteitag: „Die Spalter, sie werden sich spalten!“ — der Parteitag hat gezeigt, daß so etwas überhaupt nicht im Wörterbuch unserer Partei steht.

Wir haben eine Prinzipienklärung beschlossen und ein Aktionsprogramm, und wir haben damit die geistige Grundlage gelegt für eine wirklich revolutionäre Partei,

die geistige Grundlage für die Aktionen unserer Partei.

Wir waren vielleicht gar zu bescheiden, als

wir immer nur von einer Prinzipienklärung sprachen; denn die Prinzipienklärung ist ja schon fast ein Programm, und es ist zweifellos eine gewaltige Leistung des Parteitag, daß wir sie in der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand, zustande gebracht haben. Darüber hinaus haben wir uns in unserem Organisationsstatut die Organisationsform gegeben, deren wir bedürfen, um die durch Prinzipienklärung und Aktionsprogramm uns gestellten Aufgaben erfüllen zu können.

Es zeigt wiederum nur, wie weitgehende Übereinstimmung in unseren Reihen besteht, daß alle diese Beschlüsse gegen geringe Minderheiten gefaßt worden sind. Wir werden nicht lange Zeit haben, um auf den Lorbeeren der Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms auszuruhen. Schon die nächsten Tage rufen uns alle zu neuen, zu schweren Kämpfen, zu Kämpfen, für die der äußerliche Anlaß die Wahlen in einer Anzahl Freistaaten sind. Aber auch nur der äußere Anlaß. Denn es handelt sich für uns bei der Beteiligung, an den Wahlen der einzelnen Freistaaten nicht so sehr darum, Mandate zu erringen, als die Gelegenheit der Wahlen zu benutzen, um

unsere Ideen in die weitesten Kreise des Proletariats zu tragen.

Die Wahlen zu den Landtagen haben heute nicht die Bedeutung wie früher. Was ist heute ein Parlament? Was ist der Reichstag, und was ist erst gar ein Landtag, etwa der von Anhalt?

Es handelt sich für uns nicht um die Bedeutung der kleinen Parlamente an sich, sondern darum, jetzt sofort die Nutzenwendung zu ziehen aus Aktionsprogramm und Prinzipienklärung. Diese Wahlen werden das erste größere Auftreten unserer Partei sein, das infolgedessen auch besonders große Aufmerksamkeit finden wird. Von dem Wahlausfall wird viel abhängen für die Beurteilung unserer Partei in der Arbeiterklasse und darum müssen wir fest entschlossen sein, mit aller Kraft, über die wir verfügen, den Wahlkampf durchzuführen:

gegen den Kapitalismus, gegen den Faschismus und gegen alle die, die Schuld daran sind, daß in Deutschland der Faschismus eine solche Stärke erlangen konnte.

Wir werden den Kampf zu führen haben gegen alle anderen Parteien, und wir werden vor der Arbeiterschaft enthüllen müssen, was die sogenannten preußischen „Machtpositionen“ für die preußische und die Arbeiterklasse bedeuten.

Die Grenzen der Koalitionspolitik und die Sinnlosigkeit der Koalitionspolitik, kann man gerade an dem preußischen Beispiel ganz besonders gut der Wählerchaft vor Augen führen. Wo sind diese „Machtpositionen“? Wer kann noch glauben, daß diese Machtpositionen im Kampf gegen den Faschismus irgend etwas zu bedeuten haben.

Wir gehen davon aus, daß die einzige und die entscheidende Macht im Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus nur die deutsche Arbeiterschaft sein kann. Wir haben alles zu tun, um bei den Wahlen die Massen der werktätigen Bevölkerung unter unseren Fahnen zu sammeln.

So gehen wir in den Wahlkampf, Gen. und Gen., gestärkt dadurch, daß wir das geistige Rüstzeug für den Kampf haben, gestärkt dadurch, daß wir auf dem Parteitag gesehen haben, daß die Partei auch geistig imstande ist, mit den Problemen fertig zu werden, die uns gestellt sind.

Auf in den Kampf!

Auf in den Kampf gegen Kapitalismus und gegen Faschismus! Auf in den Kampf zu Erkämpfung wirklicher Machtpositionen für die Arbeiterschaft!

Filippo Turati gestorben

In Paris, wohin er sich nach einer abenteuerlichen Flucht aus Italien begeben hatte, ist am 30. März Filippo Turati im Alter von 75 Jahren gestorben. Turati war einer der prominentesten Vertreter des italienischen Sozialismus und der führende Kopf des reformistischen Flügels, ohne freilich je der politischen Verleumdung seiner engeren Gesinnungsfreunde in anderen Ländern und insbesondere in Deutschland zu verfallen. Für ihn erschöpfte sich der Reformismus nicht in einer jämmerlichen Preisgabe proletarischer Interessen, sondern er war bei ihm zu einem weltanschaulichen System entwickelt, für das er stets von hoher geistiger Warte gefochten hat. Diese Art des Kampfes hat ihm viele Freunde auch im Lager derer gesichert, die in der von ihm vertretenen Richtung eine Gefahr für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse erblickten.

Japanische Verstärkung in der Mandschurei

Tokio, 30. März 1932.

Der japanische Kriegsminister Araki erklärte, die politische Lage in der Mandschurei sei gegenwärtig so gefährlich, daß von einer Abberufung der japanischen Truppen nicht die Rede sein könne. Die japanische Regierung habe beschlossen, die 8. Division nach der Mandschurei zu entsenden.

Verrat an der Arbeiterjugend

Franz Bobzien, Hamburg

Der Reichsausschuß der Sozialistischen Arbeiterjugend hat sich nach einem Referat von Ollenhauer für den freiwilligen Arbeitsdienst ausgesprochen, obwohl man noch vor gar nicht langer Zeit in der Broschüre „Schipp, schipp hurra“ eine ganz andere Position bezogen hatte.

Noch in der im vergangenen Juli durchgeführten Vorstandssitzung in Frankfurt/M. vertrat der HV. gegenüber dem Jugendsekretär Maschke vom ADGB, der sich für eine Beteiligung der proletarischen Jugendorganisationen am freiwilligen Arbeitsdienst aussprach, die durchaus richtige Meinung, daß ein „freiwilliger“ Arbeitsdienst nur als Wegbereiter der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht angesehen werden muß.

Dieser ungeheuerliche Beschluß bedeutet, an welche Bedingungen er auch immer geknüpft sein mag, die Aufgabe einer prinzipiellen Haltung. Es bleibt nur abzuwarten, wie die Mitgliedschaft der SAP auf diesen Beschluß ihrer Führer reagieren wird. Aufgabe des Sozialistischen Jugendverbandes wird es sein, innerhalb des Jungproletariats restlose Klarheit über Wesen und Funktion dieses „freiwilligen Arbeitsdienstes“ zu schaffen.

Wie steht es zunächst einmal um die „Freiwilligkeit“ dieses Arbeitsdienstes. Es handelt sich doch wohl, gelinde gesagt, um eine merkwürdige Sorte von Freiwilligkeit, wenn dieselbe Notverordnung, die den freiwilligen Arbeitsdienst propagiert, den Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahre die Arbeitslosenversicherung entzieht oder beschränkt.

Hinzu kommt aber, und es ist „merkwürdig“, daß die Ollenhauer & Co. das nicht wissen, daß dieser freiwillige Arbeitsdienst nichts anderes ist, als das Laboratorium, die Versuchsstation für die Arbeitsdienstpflicht:

Dieser freiwillige Arbeitsdienst soll ja nur beweisen, wie gut eine Arbeitsdienstpflicht sein könnte.

Die eigentlichen Kulissenschieber in dieser Frage wissen das auch ganz genau, und gelegentlich verraten sie sich einmal. So heißt es z. B. in einer Studentenzeitung (Burschenschaftliche Blätter) in einem Artikel von Böhme: „Von dem Schwung einer solchen freiwilligen Arbeitsdienstbewegung wird es abhängen, ob sie zur Vorstufe einer gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht wird.“

Zusammengenommen bedeutet das bisher Gesagte: Dieser Arbeitsdienst ist nur dem Scheine nach freiwillig, weil die wirtschaftliche Not die Jungproletarier auch ohne bewußtes Willen in dieser Richtung dem Arbeitsdienst in die Arme treibt. Ferner ist die Freiwilligkeit nur Vorwand, um der Bevölkerung die Arbeitsdienstpflicht allmählich schmackhaft zu machen. Hinzu kommt, daß man wohl kaum von Freiwilligkeit noch reden kann, wenn man bedenkt, daß der Arbeitsdienst militärisch aufgezogen ist und zum größten Teil unter dem Kommando ehemaliger Militärpersonen erfolgt.

Hier liegt überhaupt das andere Entscheidende, was gegen diesen freiwilligen Arbeitsdienst gesagt werden muß. Er ist nichts anderes als ein Mittel, durch Hintertüren die Militärpflicht wieder einzuführen. Es ist wohl nicht umsonst, wenn der Jungdeutsche Orden für die Arbeitsdienstpflicht folgende Kleinigkeiten fordert:

2 Dienstjahre, Kasernierung, höchstens einmal wöchentlich kurzer Ausgang, Zugehörigkeit zu politischen Vereinigungen oder Teilnahme an politischen Versammlungen verboten, Zeitungen dürfen nicht gehalten werden, 40 Pfennig Taschengeld, Führer: ehemalige Feldwebel und Unteroffiziere, wehrsportliche Übungen, „vaterländischer Unterricht“.

Merkt ihr, Jungproleten, worauf das hinaus soll? Man will euch den Kasernenhof wieder beschern, ihr sollt wieder lernen, auf Vater und Mutter zu schießen, man will euch auf die andere Seite der Barrikade locken!

Und wie steht es um die wirtschaftliche Bedeutung dieses freiwilligen Arbeitsdienstes? Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erklärte Anfang November 1930, die Ausgaben für Arbeitsdienstpflicht würden so hoch sein, daß die Arbeitslosenversicherung immer noch rentabler wäre.

Für das Proletariat aber ist entscheidend, daß dieser Arbeitsdienst keine andere Funktion hat als die famose, von Severing „beinahe“ abgeschaffte technische Nothilfe, die Streikbruchfunktion und Lohndruckfunktion.

50 Pfg. Tagelohn! Ist das nun Lohndruck oder nicht, Ollenhauer? Verpflegung aus Gulaschkanonen, Arbeitskleidung und Löhnung insgesamt zwei Mark pro Tag, ist das Hebung der Kaufkraft, Reichsausschuß der SAJ?

Dieser freiwillige Arbeitsdienst ist politisch eine Gefahr, weil er ein Stück Faschismus ist, und ökonomisch ist er ein grober Unfug. Er bedeutet Senkung der Kaufkraft, Verengung des Arbeitsmarktes, Lohndruck und Organisation von Streikbrechermassen, weil der Übergang vom freiwilligen zum Zwangsarbeitsdienst nur ein Schritt ist, Dienstpflichtige aber dahin gehen müssen, wohin sie kommandiert werden. Dann: ade Lohnkampf, ade Streikkampf — der Korporalstock regiert!

Für die revolutionäre Arbeiterbewegung stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Auch wir können nicht vorübergehen an der Tatsache, daß die jugendlichen Erwerbslosen der Gefahr der Demoralisation ausgesetzt sind. Jeder vor uns kennt den immer müden, unlustigen, zu energischem Handeln wenig fähigen, immer hungrigen Jugendlichen, der seine Zeit mit Diskutieren, Rauchen und Kartenspielen hinbringt. Wir verschließen vor Tatsachen nicht die Augen, aber:

Schuld ist die miserable Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Kapitalismus, die den jugendlichen Erwerbslosen so weit gebracht hat.

Und unsere Aufgabe wird es sein, die erwerbslosen Jungproletarier gegen den Feind, der Schuld an ihrem physischen und psychischen Elend ist, zu mobilisieren. Wir müssen unsere jungen Genossen in der proletarischen Bewegung arbeiten lassen für die Revolution, die allein noch Hilfe bringen kann.

Unsere Parole lautet nicht Arbeitsdienst schlechtthin, unsere Parole lautet:

freiwilliger Arbeitsdienst in der Arbeiterbewegung, für jeden Erwerbslosen freitags in der Arbeiterbewegung!

Freiwilliger Arbeitsdienst für die Revolution, für den Sozialismus! Formiert Erwerbslose in Staffeln!

Vor dem letzten Schlag?

Arbeitslosenversicherung soll beseitigt werden

Berlin, 30. März 1932.

Seit langem sinnen Reichsregierung und Unterne' nertum auf den Modus, wie die

Arbeitslosenversicherung am besten und gründlichsten zu beseitigen

ist. Die Osterbotschaft der Regierung an die 6 Millionen Arbeitslosen, die sich schamhaft hinter dem Namen „Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung“ verbirgt, macht den Weg dazu frei.

Die Verordnung sieht unter dem Vorwand der „Einsparungen“ eine Umorganisation der Reichsanstalt in dem Sinne vor, daß die

Bürokratie das überwältigende Schwergewicht erhalten und die Arbeitnehmervertreter völlig kaltgestellt werden

sollen. Nachdem bereits eine frühere Notverordnung festgesetzt hat, daß Leistungserhebungen von der Reichsanstalt diktatorisch, ohne jede gesetzliche Regelung, ja sogar ohne neue Notverordnung vorgenommen werden können, entscheidet nach dieser Anordnung eine kleine Gruppe von Bürokraten selbstherrlich über das Schicksal der Millionen Arbeitsloser.

Die neue Verordnung, deren Einzelheiten noch nicht sämtlich bekannt sind, sieht weiter

vor, daß Beiträge, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet werden, künftig für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr zu berücksichtigen sind. Das bedeutet, daß die

Arbeitslosen darunter zu leiden haben, wenn die Arbeitgeber die den Arbeitern abgezogenen Beiträge nicht abführen.

Eine offene Frage ist die der Arbeitsvermittlung.

Der Sparkommissar hat Vorschläge zu ihrer rationelleren Gestaltung gemacht. Ob dadurch aber der zweifelhafte vorhandene Leerlauf des Verwaltungsapparats beseitigt werden wird, ist durchaus zweifelhaft. Wir werden auf diese Fragen zurückkommen, sobald die Einzelheiten der neuen Vorschläge vorliegen.

Betrogene Bausparer

In Köln wurde der Geschäftsführer der „Köln Bausparkasse AG.“ zusammen mit dem juristischen Berater — die Namen werden von den Depeschbüros höflichst verschwiegen — festgenommen. Die genannte Firma war im Jahre 1930 gegründet worden. Eine im Auftrag der Reichsaufsichtsbehörde durch die Kriminalpolizei vorgenommene Untersuchung ergab, daß es sich um ein aufgelegtes Schwindelunternehmen handelte. Die Gesamtsumme der verschwundenen Gelder konnte noch nicht festgestellt werden. Einem einzigen Vertreter war es aber gelungen innerhalb dreiviertel Jahr 50 000 Mark von den Sparern hereinzuholen.

Sklareks fromme Mariechen

In dem Sklarekprozeß, dessen Ende noch immer nicht abzusehen ist, kamen im Fortgang der Beweisaufnahme die Villenkäufe und Rennwetten der Sklareks zur Sprache, wobei den Angeklagten Konkursverbrechen zur Last gelegt wird. Ein Zeuge bestätigte, daß Willy Sklarek sehr bescheiden gelebt und viel gearbeitet habe. Willy Sklarek erklärte ebenfalls, daß er nie ein Verschwender gewesen sei: „Ich mußte natürlich meine Lebensführung etwas ändern. Das habe ich aber nicht meinetwegen getan, sondern

ich war Bajazzo für die andern und habe dadurch meiner Gesundheit geschadet.“

Der Vorsitzende brachte dann die Tatsache zur Sprache, daß die Angeklagten nach ihrer Haftentlassung eine Villa zum Mietpreis von 8000 Mark kaufen wollten.

Leo Sklarek: „Als wir aus der Haft kamen, waren wir doch ganz ohne Existenz und mußten sehen, wo wir unterkamen.“

Vors.: „Da ist es doch nicht das Erste, daß man sich eine Villa kaufen will.“

Eine Klärung der Frage, woher die Sklareks die Mittel für die Miete einer solchen Villa aufzubringen gedachten, konnte nicht herbeigeführt werden. Desgleichen blieb die Frage offen, womit die Sklareks die Kosten für ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die Schwägerin von Willy erklärte, daß sie monatlich einen Beitrag zur Miete leistete und will das Geld hierzu Ersparnissen entnehmen, die sie aus früheren Geldgeschenken ihres Schwagers gemacht habe.

Vors.: „Wissen Sie, ob Willy Sklarek irgendwo ein Bankkonto oder einen Safe mit einer Million hat?“ — Zeugin: „Davon habe ich keine Ahnung.“ — Willy Sklarek: „Genieren Sie sich doch nicht, sagen Sie doch, wie es bei uns zugeht, daß wir nicht wissen, wovon wir leben sollen und daß meine Frau fast jeden Tag sagt, man solle doch lieber den Gashahn aufdrehen.“ — Vors.: „Stimmt das?“ — Zeugin: „Ja, die Sorgen sind bei uns sehr groß.“

Auch die nächste Zeugin, Fräulein Ussat, die früher Köchin bei Willy Sklarek war, jetzt aber ohne Gehalt bei ihm lebt, machte ähnliche Aussagen. Sie habe Willy Sklarek zur Kautions 2000 Mark und außerdem noch weitere 600 Mark geborgt.

Vors.: „Glauben Sie denn, daß Sie das Geld wiederbekommen?“

Zeugin: „Ich hoffe es jedenfalls.“

Willy Sklarek: „Mariechen ist sehr fromm. Sie betet für mich jeden Tag.“ (Schallende Weiterkeit.) — Willy Sklarek erklärte, daß er jetzt direkt verarmt lebe, schon auf der Wohnungssuche nach einer billigeren Wohnung sei, aber bisher noch keine passende gefunden habe und die Umzugskosten scheue.

Die Beweisaufnahme über die Rennwetten ergab, daß Willy Sklarek

allein in den fünf Tagen vor seiner Verhaftung für 30 000 Mark gewettet.

Der Buchmachergehilfe v. Lindenau bekundete, daß Willy Sklarek bei ihm im Jahre 1924 und 1928 60—100 000 Mark in Wetten umgesetzt habe. Per Saldo sei ein Verlust von etwa 20 000 Mark pro Jahr für Willy Sklarek entstanden. — Willy Sklarek: „Die Summe ist dadurch größer geworden, weil die Teilnehmerzahl in diesen Jahren gewachsen war.“

Parteivorstand der SAP

Der Parteitag der SAP wählte bei 91 gültigen Stimmzetteln (2 Stimmhaltungen):

Zu Parteivorsitzenden: Max Seydewitz mit 85 Stimmen, Kurt Rosenfeld mit 88 Stimmen.

Zu Beisitzern für den geschäftsführenden Vorstand: 1. Edith Baumann mit 81 Stimmen, 2. Gertrud Düby mit 60 Stimmen, 3. Karl Frank mit 78 Stimmen, 4. Käthe Frankenthal mit 69 Stimmen, 5. Paul Fröhlich mit 73 Stimmen, 6. Wilhelm Hauschildt mit 74 Stimmen, 7. Fritz Küster mit 56 Stimmen, 8. Hein Müller-Brandenburg mit 76 Stimmen, 9. Hans Seigewasser mit 72 Stimmen, 10. August Siemen mit 69 Stimmen, 11. Thomas mit 65 Stimmen, 12. Jakob Walcher 78 Stimmen, 13. Kleineibst mit 48 Stimmen.

Zu Beisitzern für den erweiterten Vorstand: 1. Rudolf Agricola-Zeit mit 83 Stimmen, 2. Ernst Eckstein-Breslau mit 82 Stimmen, 3. Willi Elsner-Hamburg mit 78 Stimmen, 4. Walter Fabian-Dresden mit 83 Stimmen, 5. Ludwig Hacke-Plauen mit 85 Stimmen, 6. Fritz Herkenrath-Köln mit 84 Stimmen, 7. Andreas Portune-Frankfurt a. Main mit 78 Stimmen, 8. Fritz Vogel-München mit 82 Stimmen, 9. Karl Zöllig-Düsseldorf mit 71 Stimmen.

Außerdem wurden abgegeben: für Blach 4 Stimmen, Decker 60 Stimmen, Sevensch 1 Stimme, Sternberg 1 Stimme, Ledebour 3 Stimmen, Zwilling 3 Stimmen, Lindmann 4 Stimmen, Wiegman 3 Stimmen, Adam 1 Stimme, Reicherbach 1 Stimme.

Diktatur der Idee Von Ernst Fischer

Jeder von uns hat in dieser Zeit der ungeheuersten Widersprüche einmal den tiefen Zweifel an allen Ideen erlebt; und vielleicht muß man einmal alles angezweifelt haben, um eine klare und durch nichts vernebelte Entscheidung zu treffen. Nichts ist heute verhängnisvoller als die Augen zu schließen, sich treiben zu lassen und von Tag zu Tag zu leben. Aber wenn man einmal diese Diskussion mit sich selbst geführt hat, ohne Schonung und ohne Rückhalt, muß sie mit einem Resultat enden, das keinen Zweifel mehr duldet: wenn man demokratisch alle seine Widersprüche zu Wort kommen ließ, muß man über sich selbst die Diktatur einer Idee, einer bis zu den letzten Konsequenzen gehenden Forderung aufrichten. Diese Idee, diese Forderung muß in uns alles niederbrennen, was zu Vorbehalten und Zugeständnissen bereit ist.

Radikale Erkenntnis tut not, die radikale Erkenntnis, daß wir heute nur einer Aufgabe dienen dürfen, der Verwirklichung des Sozialismus. Alles, was nicht unmittelbar dazu gehört, geht uns nichts an, mehr noch: ist zu verneinen. Jede gesellschaftliche und kulturelle Erscheinung, jedes Denkresultat und Gefühlsergebnis ist nur danach zu werten, ob es dem Sozialismus nützt, ob es der Bürgerwelt schadet. Der Luxus einer rein künstlerischen, rein ästhetischen Betrachtung ist bedingungslos abzulehnen: ob ein Buch besser oder schlechter geschrieben, eine Weltanschauung gescheiter oder dümmere formuliert, eine Persönlichkeit feiner oder gröber zurechtgemacht ist, soll uns nicht beeinflussen. Im Gegenteil: je geistiger, je raffinierter sich die Bourgeoisie maskiert, desto wacher muß unser Mißtrauen, desto schärfer unsere Gegnerschaft sein. Brutaler Ungeist, der das Wesen des Kapitalismus offen kundtut, ist erfreulicher als der schlaue Geist, der sich gebärdet, als sei er unabhängig, um hinter den Sozialismus zu verunglimpfen. Nichts verächtlicher als die Künstler und Intellektuellen, die Schriftsteller und Gelehrten, die heimlich mit dem Kapitalismus paktieren, um öffentlich von „Freiheit, Vergeistigung, Verinnerlichung“ zu sabadern, die das Fett ihrer Bequemlichkeit verteidigen und sich dabei als Priester der Kultur und der Seele feiern lassen, nichts hassenswerter als der Geist, der den Ungeist der kapitalistischen Welt illuminiert, um die Augen des Gegners zu blenden. Sie schonungslos zu entlarven, ist ein Teil unserer Aufgabe.

Es gab vielleicht eine Zeit, in der man gutgläubig in der Mitte stehen, gutgläubig den Vermittler zwischen der Bürgerwelt und dem Proletariat spielen konnte; diese Zeit ist zu Ende. Heute gibt es nur Ja oder Nein, heute gilt für uns das Wort der Bibel: „Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns.“ Heute muß man sich eindeutig, unbedingt, konsequent entscheiden: mit Halbheit und Hintergründigkeit, mit Wenn und mit Aber können wir nichts mehr anfangen. Ziehen wir einen Trennungsstrich zwischen uns und allen, die heute noch meinen, ihre höchst komplizierte Individualität und nicht die höchst einfache Forderung nach dem Sozialismus sei die Hauptsache.

Ja, diese komplizierte Individualität, diese komplizierte Problematik unserer Zeit! Zum Teufel, wir wissen schon, daß das Leben kompliziert und seine Möglichkeiten widerspruchsvoll sind — aber es interessiert uns nicht, es scheint uns nicht sehr wichtig. Die einfache Tatsache — grauenhaft einfach, fürchterlich unkompliziert —, daß Millionen Menschen arbeitslos sind, daß der Kapitalismus nur noch zum Massenmord fähig ist, diese einfache Tatsache erschlägt all die komplizierten Probleme der Kulturmenschen. Es ist heute für das Proletariat verdammt gleichgültig, ob der Prominente X eine gute Goethe-Rede gehalten und der Prominente Y eine geistreiche Theorie des Dramas gefunden hat, ob der Regisseur A den „Faust“ besser und der Regisseur B den „Ring der Nibelungen“ schlechter inszeniert hat, ob der Bürger I einen ästhetisch befriedigenden und der Bürger II einen ästhetisch unbefriedigenden Roman geschrieben hat: solche Fragen sind Zeitvertreib für jene, denen das noch wichtig ist, weil der Kapitalismus sie noch nicht ausgespien und in den Abgrund der Verzweiflung geschleudert hat. Wenn wir zu dem, was im Kulturbetrieb der Bourgeoisie geschieht, Stellung nehmen, dann nur als Außenstehende, nicht als innerlich Beteiligte, nur als Gegner, nicht als Ratgeber. Gewiß: dieser Kulturbetrieb hat manches produziert, was auch für eine sozialistische Gesellschaft bedeutsam sein wird — augenblicklich aber, in dieser Situation des Klassenkampfes, bedeutet es wenig für uns. Ich bin überzeugt, daß der „Faust“ in der sozialistischen Gesellschaft beglückendes Erlebnis sein wird —

heute ist er eine Angelegenheit der „Gebildeten“, im tiefsten fremd dem Proletariat. Heute ist die Leistung eines Traktorführers in Rußland, eines Vertrauensmannes in Obersteiermark wertvoller als jede noch so vollkommene „Faust“-Aufführung. Heute ist die Kultur eine Phrase.

Außerdem ist die Kultur für manchen Sozialisten eine Gefahr, sie lenkt ab, sie schläfert ein, sie täuscht über Erbärmlichkeiten der Gesellschaftsordnung hinweg. Sie verleiht Dingen einen Schein von Lebenswürdigkeit, die nur hassenswert sind: erinnert man sich daran, daß Lunatscharsky den Bolschewismus verlassen wollte, weil der Kreml bombardiert wurde, weil die Revolution Kulturgut gefährdet? Lunatscharsky hat diese Krise überwunden: aber für viele gibt es so einen Kreml, dessen Erhaltung ihnen manchmal wichtiger erscheint als die Revolution, als der Sozialismus. Und nicht nur das: für viele ist die Buntheit, die Mannigfaltigkeit, die reiche Kompliziertheit der Bürgerwelt verführerisch. In jedem von uns ist die Lust am Widerspruchsvollen versteckt, das Verlangen, die ganze Differenziertheit des Fühlens und Denkens durchzugenießen, alle Schattierungen und Zwischentöne des bürgerlichen Individualismus — aber dabei entsteht in vielen der Verdacht, der Marxismus sei eigentlich zu einfach, zu „primitiv“, man könne sich mit seinen großartigen Erkenntnissen, mit seiner gewaltigen Einseitigkeit nicht begnügen, man müsse alle Probleme bis in die feinsten Nuancen verfolgen. Und siehe da: in dem Augenblick, in dem man in alle Winkel schlüpft und Einzelheiten hundertfach analysiert, verschwimmen alle Konturen, verwischen sich alle großen Linien. Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Proletariern? O, da gibt es doch viele Zwischenschichten, viele in mancher Situation sogar entscheidende Gruppen, die man klassenmäßig kaum definieren kann, da gibt es soviel Individuelles, Verwickeltes und Verworrenes, daß man die alte Theorie verfeinern muß, so lange ver-

feinern, bis nichts von ihr übrig bleibt. Ja, das Leben ist kompliziert: zu dieser banalsten aller Konstatierungen kommen just die Menschen, denen das Große, das klare und einseitige Prinzip zu „banal“ war. Und mit all ihren geistreichen Augenblickstheorien schädigen sie nicht nur die Stoßkraft des Sozialismus, sondern behalten sie schließlich auch unrecht: denn einst, wenn man das, was uns heute als höchst kompliziertes Durcheinander erscheint, als ein Stück Weltgeschichte betrachten wird, wird man alle die Schattierungen nicht mehr sehen, alle die Zwischentöne nicht mehr hören, sondern erkennen, daß das alles nach dem klaren, einseitigen Prinzip des Klassenkampfes geschehen ist. Immer wieder erleben wir das im kleinen: wenn ein Arbeiter, der das Richtige fühlt, mit irgendeinem gescheiterten und gebildeten Intellektuellen diskutiert, wird er den falschen, aber klugen und von Wissen getragenen Argumenten des Intellektuellen unterliegen. Trotzdem hat der Arbeiter recht, der Intellektuelle unrecht: und weltgeschichtlich wird der Arbeiter recht behalten. Das Einfache wird siegen, nicht das Komplizierte.

Mehr als alle Gescheitheit, die alle Möglichkeiten durchdenkt und vor lauter Möglichkeiten das Notwendige nicht mehr sieht, mehr als alle Begabung, die zu jeder Situation eine neue Theorie liefern kann, mehr als alle Vollkommenheit des Intellekts, der zu jedem Argument das Gegenargument und zu jeder Erkenntnis ihre Bedingtheit weiß, mehr als alle diese fragwürdigen Kultureigenschaften brauchen wir etwas anderes: Fanatismus. Der Sozialismus wird nicht siegen durch die Ueberlegenheit seiner Argumente, sondern durch den Fanatismus seiner Anhänger, nicht siegen durch die Komplizierung seiner Grundsätze, sondern durch ihre einfache, jedem Arbeiter faßliche, weil von jedem erlebte Richtigkeit, durch die fanatische Unbedingtheit, mit der wir an ihnen festhalten, wenn sich auch nicht alle Erscheinungen des Gesellschaftslebens durch sie erklären lassen. Unsere Aufgabe ist es gar nicht, alle diese Er-

scheinungen zu erklären, sondern die Gesellschaft mit unduldsamer Entschlossenheit zu verändern. Wir wollen gar nicht so geschickt, so vielseitig, so wandlungsfähig sein wie der Bürger, wir wollen durch die Konzentration auf ein Ziel, durch die vielleicht nicht amütige, aber notwendige Starrsinnigkeit und Einseitigkeit diese Welt überwinden. Und wir können es uns nicht leisten, irgend etwas in dieser Welt nach dem Grad seiner Schönheit und Kulturerfülltheit zu werten, sondern es gibt für uns nur eine Wertung: Nützt es dem Klassenkampf des Proletariats, nützt es dem Sozialismus?

Fanatiker brauchen wir, Menschen, die Schluß gemacht haben mit der Lust an der „Buntheit“ (nicht ohne Grund liebt der Faschismus dieses Wort, wenn er von Gesellschaftsproblemen spricht), die heute alles nur schwarzweiß sehen, alles nur in großen Linien und nicht in fließenden Lichtern und Schatten. Aber der Fanatismus, zu dem wir uns bekennen, bedarf nicht verkniffener Lippen und düster gerunzelter Augenbrauen, nichts Pfäffisches und Asketisches haftet ihm an — im Gegenteil: dieser Fanatismus ist Bürgschaft für eine große innere Heiterkeit. In uns ist die große Heiterkeit einer Generation, die weiß, daß ihr Privatleben nur ein kurzer Urlaub ist, daß sie jederzeit zu voller Hingabe, zu bedingungslosem Einsatz aufgerufen werden kann, daß ihr Dasein in einer sinnlos gewordenen Welt nur einen einzigen Sinn hat: für den Sozialismus aufgebraucht zu werden. Es ist die Heiterkeit von Menschen, die unerschütterlich an den Sieg ihrer Sache glauben, die auf der Stirn der Gegner das Zeichen des Todes sehen und selber von der Unsterblichkeit gezeichnet sind. Viele von uns werden zugrunde gehen in dem Kampf, aber sie rechnen damit, sie haben auch das in ihre Entscheidung einbezogen, ihr Privatleben ist provisorisch, bleibend ist nur ihr Leben für den Sozialismus. Alles Persönliche tritt immer mehr zurück, über alles Komplizierte wird das wunderbar Einfache triumphieren: Fanatismus und Heiterkeit.

Der Siegeszug des Sozialismus

Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet, hat der Volkskommissarenrat der UdSSR Beschluß gefaßt über die Organisation der Arbeiten zur Aufstellung eines zweiten Fünfjahresplanes, zu dem breitesten Arbeiter- und Kollektiv-Wirtschaftskreise, ferner alle prominenten Vertreter von Wissenschaft und Technik sowie wissenschaftliche Forschungsorganisationen, wie die Akademie der Wissenschaften, die Landwirtschaftliche Lenin-Akademie, die Kommunistische Akademie u. a. hinzugezogen werden sollen. Die Staatliche Planwirtschaftskommission ist mit der Ausarbeitung und Leitung der gesamten Arbeit der Aufstellung des Fünfjahresplanes betraut worden. Die zuständigen Volkskommissariate der UdSSR arbeiten die Pläne der einzelnen Wirtschaftszweige aus. Die staatlichen und die örtlichen Planungsorgane sind verpflichtet, den Fünfjahresplan für die Entwicklung der großen Städte auszuarbeiten und der Organisation der Arbeiten zur Aufstellung der Rayonpläne besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Staatliche Planwirtschaftskommission muß die Kontrollziffern des Fünfjahresplanes spätestens bis zum 20. August 1932 dem Volkskommissariat der UdSSR vorlegen. Auf Grund der vom Volkskommissarenrat geprüften Kontrollziffern legen die Volkskommissariate ihre Voranschläge für den zweiten Fünfjahresplan in der Zeit zwischen dem 15. und 25. November 1932 vor. Die Staatliche Planwirtschaftskommission der UdSSR hat den zweiten Fünfjahresplan spätestens am 1. Januar 1933 dem Volkskommissarenrat der UdSSR zur Bestätigung vorzulegen.

Die erste Sowjetkugellagerfabrik, die größte der Welt, wurde in Betrieb gesetzt. Diese Fabrik wuchs auf einem Platz Moskaus im Laufe von zwölf Monaten empor. Sie wird eine Jahresleistung von 24 Millionen Kugellagern haben. Die Fabrik ist nach dem letzten Wort der westeuropäischen und amerikanischen Technik eingerichtet. Sie besitzt Maschinen, die in den größten kapitalistischen Ländern eine Seltenheit sind. Die Fabrik wird 15 000 Arbeiter beschäftigen. Bereits jetzt besitzt die Fabrik über 1000 Maschinen, und es arbeiten in ihr ungefähr 10 000 Arbeiter und Angestellte. Im

Laufe von fünf Monaten entstand neben der Fabrik eine Arbeiterstadt aus fünfstöckigen Häusern, von denen drei Häuserblöcke bereits bewohnt sind und sechs in der nächsten Zeit fertig sein werden. Eine Großküche steht vor ihrer Vollendung. Es werden ein Theater, ein Kaufhaus, ein Kino, ein Klub, Schulen, Kinderkrippen usw. gebaut. Die Arbeiter der Fabrik werden in einer sozialistischen Stadt mit Parkanlagen, Straßenbahnhöfen, asphaltierten Straßen wohnen.

Das Kraftwerk Dnjeprstroy soll bis zum 1. Mai vollendet werden. Der Staudamm, für den über eine Million Kubikmeter Beton verwendet wurde, ist fertiggestellt. Von fünf Aggregaten des Wasserkraftwerks sind bereits drei betriebsbereit. Anfang April beginnen die Prüfungen der Pumpenanlage. Gleichzeitig mit dem Wasserkraftwerk wird am 1. Mai auch der erste Teil des Dnjepr-Kombinats die Tätigkeit aufnehmen.

Während der erste Hochofen des Hüttenwerks von Kusnetzstroy zur Aufnahme seiner Tätigkeit rüstet, wurde 16 Kilometer vom Kusnetz-Kombinat der Bau einer Lokomotivfabrik begonnen, die laut Plan jährlich 500 besonders leistungsfähige Lokomotiven amerikanischer Art fertigen wird. Daneben wird die Fabrik 25 000 Tonnen Lokomotiversatzteile jährlich erzeugen.

Die Regierung der Sowjet-Union hat der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute, die für den Aufbau der sozialistischen Industrie von Bedeutung sind, große Aufmerksamkeit geschenkt. Im Jahre 1928 gab es 24 solcher Institute mit 8 Zweigstellen. Am 1. Juli 1932 wird die UdSSR 121 wissenschaftliche Forschungsinstitute mit 84 Zweigstellen besitzen. Während der letzten 1½ Jahre ist die Zahl der wissenschaftlichen Arbeiter von 12 000 auf 24 000 gestiegen. Die Ausgaben für diese Arbeiten beliefen sich 1931 auf 143 Mill. Rubel.

Die vor kurzem unterbrochenen Verhandlungen zwischen der Sowjet-Union und

der westdeutschen Eisenindustrie sind jetzt abgeschlossen. Es ist ein neuer Lieferungsvertrag, dessen Unterzeichnung unmittelbar bevorsteht, zustande gekommen, der zunächst Bestellungen von 300 000 Tonnen Walzwerkfabrikaten, zuzüglich 30 000 Tonnen Röhren, umfaßt. Die Abwicklung der Aufträge wird sich innerhalb von drei Monaten, vom April bis Juni, vollziehen. Deutsche Proletarier bekommen durch den sozialistischen Aufbau in der Sowjet-Union Brot und Arbeit. Wieviel mehr wäre das der Fall, wenn in Deutschland der Kapitalismus besiegt und durch eine Diktatur des Proletariats ersetzt würde!

Die Rüstungsindustrie wehrt sich

Berlin, 30. März 1932.

In der „Kreuz-Zeitung“, die jetzt das offizielle Blatt des Stahlhelmbundes, also der direkten Kriegsinteressenten, geworden ist, findet sich eine sensationell aufgemachte Denunziation an den Oberreichsanwalt. Die Herrschaften finden durch die geschärfte Aufmerksamkeit der Arbeiterpresse, die die Verschiffung deutschen Kriegsmaterials nach Japan und China registriert, soweit solche Vorgänge immer zu ihrer Kenntnis kommen, ihre Geschäfte bedroht. Vielleicht könnte die Wachsamkeit des internationalen Proletariats den großen Geschäftsaufschwung, den sich die Rüstungshyänen von der Ausweitung des ostasiatischen Krieges in einen zweiten Weltbrand versprechen, zunichte machen. Darum schreiben sie aus vollen Lungen: „Landesverrat“ — darum lügen sie: „Deutschland hat keine Rüstungsindustrie!“

Morgen wird der Oberreichsanwalt reagieren!

Familiendramödie

Drontheim, 30. März 1932.

Ein furchtbares Familiendrama ereignete sich heute morgen in Verdal in der Nähe von Drontheim. Ein 21jähriger junger Mann tötete, vermutlich in einem Anfall von Geistesgestörtheit, Vater und Mutter und seine fünf Geschwister im Alter von 4 bis 20 Jahren. Der Mörder legte dann Feuer an das Wohnhaus und benachrichtigte Feuerwehr und Polizei. Bereits in den letzten Tagen waren bei dem „äter Anzeichen von tiefer innerer Erregung zu bemerken.

Wählerlisten einsehen!

Berlin, 29. März 1932.

Beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 10. April kann nur wählen, wer in die Stimmliste eingetragen ist. Wer beim ersten Wahlgang sein Stimmrecht ausübt und seine Wohnung nicht geändert hat, kann damit rechnen, daß er in der Wählerliste eingetragen ist. Anders bei Wählern, die von ihrem Wahlrecht beim ersten Wahlgang keinen Gebrauch gemacht haben oder die seitdem ihre Wohnung gewechselt haben. Wähler, die vor oder während der Auslegungsfrist den Stimmbezirk wechseln, werden in der Stimmliste der bisherigen Wohnung gestrichen. Sie werden von Amts wegen in die Stimmliste ihres neuen Stimmbezirks aufgenommen. Dies geschieht auch nach Ablauf der Auslegungsfrist, wenn der Wähler durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde seines früheren Stimmbezirks nachweist, daß er in der Stimmliste dieses Stimmbezirks wegen Wegzuges gestrichen ist.

Bei der großen Arbeit, die die Berichtigung der Wählerlisten bedeutet, und den zahlreichen Wohnungswechseln aus Anlaß der allgemeinen Umzugszeit sind aber Versehen bei Berichtigung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler, in welchem Stimmbezirk er in die Wählerliste eingetragen ist und Sorge dafür, daß er am 10. April sein Stimmrecht ausüben kann.

Wähler, die nach Ablauf der Auslegungsfrist ihre Wohnung wechseln, können, wenn sie sich nicht umschreiben lassen, auf Grund eines Stimmzeichens wählen, der ihnen von der Gemeindebehörde ihres bisherigen Stimmbezirks erteilt wird.

Die Auslegungsfrist dauert in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt vom 30. März bis 3. April. In den anderen Ländern ist die Auslegungsfrist auf Sonnabend, den 2. April, und Sonntag, den 3. April, beschränkt.

Bürgerliche Sammlung zur Preußenwahl?

Im „Deutschen Schnelldienst“ schreibt Dr. Hugenberg u. a.: „Es gibt eine Anzahl von Parteien in Deutschland, die heute im Lande nur wenig Menschen hinter sich haben. Wenn sie für die bevorstehenden Preußenwahlen eigene Listen aufstellen, wird im Lande nahezu niemand bei diesen Parteien zum Abgeordneten gewählt werden, weil im einzelnen Wahlbezirk die erforderliche Stimmzahl von 50 000 Stimmen nicht erreicht wird. Es entsteht dann die Gefahr, daß jede derartige Partei den Verlust von mehreren hunderttausend bürgerlichen Stimmen verursacht. Bei den bevorstehenden großen Entscheidungen wäre dieses Verfahren eine so schwere Versündigung am Volke, daß schon

Kopfschmerzen um Kreuger

Der Staat als Retter?

Die Lähmung, die mit dem Selbstmord Kreugers auf dem Weltkapitalmarkt eingetreten ist, hat sich bisher nicht nur nicht vermindert, sondern nimmt im Gegenteil mit jedem Tag noch an Umfang zu. Allgemein herrscht die Befürchtung, daß aus dem Kreuger-Konzern noch sehr üble Duffe aufsteigen werden und daß also der Zusammenbruch viel größere Kreise ziele, als selbst Pessimisten ursprünglich angenommen haben. Dafür spricht u. a. die Tatsache, daß in dem schwedischen Regierungsblatt jetzt ganz offen zugegeben werden muß, daß auch die Aktien der Svendska Tändsticks aktiebolaget, also des eigentlichen Zündholztrüsters, nichts mehr wert seien. Das aber war gerade derjenige Teil des Kreuger-Konzerns, von dem bisher behauptet wurde, daß er durch den Zusammenbruch gar nicht berührt sei und schon dadurch die Folgen der Kreuger-Pleite stark einjage.

An der Börse wurden diese Mitteilungen und Gerüchte mit

einer neuen Flucht aus den Kreugerwerten beantwortet,

die dadurch einen neuen großen Kurssturz erlebten. Auch die schwedischen Staatsanleihen und sonstige festverzinsliche Anleihen gaben unter dem allgemeinen Druck nach. Infolge dieses Kurseinbruches sind wieder verschiedene Geldinstitute in Schwierigkeiten geraten, so daß allenthalben der Ruf nach einer direkten Regierungshilfe erhoben wird, wobei offenbar die Brüningsche Großbankensanierung als Vorbild vorschwebt. Nach neueren Meldungen soll die Regierung auch zu einer solchen Aktion bereit sein, wobei zunächst offenbar an eine Stützung der Skandinaviska Kreditbank A.-G., der eigentlichen Kreugerbank, gedacht ist, deren Aktienkurse inner-

halb von wenigen Tagen von 131 auf 100 Kronen zurückgegangen sind. Denn käme diese Bank ins Wanken, dann wäre es unauffhaltsam, daß eine große Reihe schwedischer Finanzinstitute und Industrieunternehmungen denselben Weg gehen müßten. Die Frage ist aber, ob eine Stützungsaktion der Regierung nicht deren Mittel überschreiten oder doch zumindest von ihr Maßnahmen erforderlich machen würde, die sich wieder auf anderem Gebiete furchtbar rächen müßten. Als eine solche Maßnahme käme vor allem die

Vermehrung des Notengeldes

in Frage. Gerücheweise verlautet, daß die Regierung sich tatsächlich mit solchen Absichten trage. Sollte sich dies bestätigen, dann würde das Währungssystem der Welt einem neuen harten Stoß ausgesetzt sein. Die Krise erhielte einen neuen Auftrieb:

250 Millionen Kronen für Kreugerbank?

Die angekündigte Stützungsaktion für die wankende Kreugerbank hat bereits feste Umrisse angenommen. Diese soll in folgenden drei Maßnahmen bestehen: 1. Der Staat gewährt der Bank ein Darlehen in Höhe von 100 Mill. Kronen; 2. die Staatsschuldenverwaltung übernimmt aus dem Portefeuille der Bank Werte in Höhe von 100 bis 120 Mill. Kr.; 3. einer direkten Zuwendung in Höhe von 40 bis 50 Millionen. Praktisch bedeutet dies, daß der Staat

nicht weniger als eine Viertelmilliarde Kronen aufwendet, um die Kreugerbank über Wasser zu halten.

Rückgang der Steuereinnahmen trotz Steuererhöhungen

Berlin, 30. März 1932.

Im Februar 1932 betragen die Einnahmen des Reichs bei den Besitz- und Verkehrssteuern 366,3 Millionen RM., bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 192,8 Millionen RM., zusammen 559,1 Millionen.

Da die Zahlungstermine für die Vorauszahlungen auf die Vermögenssteuer und die Aufbringungsumlage 1931 in den Februar fallen, waren besonders hohe Steuereinnahmen zu erwarten. Trotzdem sind aber im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres insgesamt 71,7 Millionen weniger an Besitz- und Verkehrssteuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben eingegangen. Der Rückgang wird noch auffälliger angesichts der Tatsache, daß im Laufe dieses Jahres die Umsatzsteuer erhöht und die Krisensteuer neu eingeführt worden ist.

Ein neuer Beweis für die Sinnlosigkeit der Brüning-Dietrichschen Steuerpolitik.

Zechenverband kündigt Manteltarif

TU. Essen, 30. März 1932.

Der Zechenverband hat den Manteltarif für den Ruhrbergbau zu Ende Mai gekündigt. Eine Kündigung des Lohntarifs ist dagegen nicht ausgesprochen worden.

Den Mann mit dem Bell erschlagen

TU. Saarbrücken, 30. März 1932.

Der Mord an dem Arbeiter Peter Linz in Ommersheim konnte aufgeklärt werden. Die unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftete Ehefrau des Ermordeten hat ein umfassendes Geständnis abgelegt und sich als Alleinschuldige bezeichnet. Sie bestreitet auf das entschiedenste das ihr nachgesagte Liebesverhältnis mit dem Arbeiter Josef Klein, den man für den Mörder hielt. Wie die Frau angibt, kam es am Ostermorgen zwischen ihr und dem Ehemann zu Streitigkeiten. In der Notwehr habe sie mit dem Beil auf den Mann eingeschlagen. Als er keinen Laut mehr von sich gab, hat sie den Leichnam in die Küche geschafft und das blutgetränkte Tuch verbrannt. Am Ostermontagmorgen ist die Frau mit ihrem fünfjährigen Kinde zu ihren Eltern gefahren. Erst am Ostermontag mittag kehrte sie zurück und machte Bekannten die Mitteilung, daß ihr Mann betrunken in der Küche liege. Die Nachbarn entdeckten dann die furchtbare Bluttat.

wegen dieser Gefahr niemand einer Partei seine Stimme geben kann, die das tut.“ Hugenberg weist sodann darauf hin, daß bei den Plänen, die fraglichen Parteien (DVP, Landvolk, Wirtschaftspartei) zu einer „Bürgerlichen Mitte“ zusammenzuschließen, nichts herauskomme und fährt fort: Es fragt sich, ob es nicht angängiger und zweckmäßiger wäre, zu sagen: Liebe sich nicht ein Abkommen folgenden Inhalts mit der DNVP treffen: Die Reststimmen der betreffenden Parteien kommen, da sie mangels der entsprechenden Stärke sonst im Lande verloren sein werden, auf die deutschnationale Liste. — Es wird sichergestellt, daß auf dieser eine entsprechende Anzahl von geeigneten Vertretern der fraglichen Parteien stehen und in

den Landtag kommen. (Vergleiche den Vorgang Landvolk-Volkskonservative vom 5. September 1930 — die neuesten preußischen Bestimmungen über Wahllisten). Die so Gewählten werden Hospitanten der Landtagsfraktion der DNVP, da auf Fraktionsstärke der betreffenden Parteien nicht zu rechnen ist.

Ueber drei Grundziele müßte allerdings vollste Einigkeit herrschen: 1. Klarer und entschiedener Nationalismus, 2. Ablehnung jeder Sorte von Sozialismus, 3. Bildung eines nationalen antimarxistischen Kabinetts in Preußen und im Reich. Er, Hugenberg, mache diesen Vorschlag öffentlich, weil zu Verhandlungen hinter den Kulissen infolge der plötzlichen Verfrühung des preußischen Wahltermins keine Zeit mehr sei.

Der Sturm bricht los!

Erzählung von Fritz Rück

Der Entschluß zu der erweiterten Reichsleitungssatzung muß ziemlich plötzlich entstanden sein, denn Otto hatte gerade noch Zeit, seine Mappe zu packen und zum Bahnhof zu gehen. Der Zug ist, wie immer jetzt, überfüllt. Feldsoldaten, die auf Urlaub gehen oder die zurück geschickt werden, um den Transport der Möbelleinrichtung zu überwachen, die der Kompagnieführer aus Belgien seiner Frau nach Haus schickt. Auch solche, die sich selbst beurlaubt haben und versuchen, den häufig revidierenden Patrouillen zu entgehen. Die Ueberfüllung und Unregelmäßigkeit aller Züge erleichtert dies.

Die meisten Soldaten sprechen wenig. Stumpf hocken sie in den Abteilen des D-Zug-Wagens, aus denen längst alles verschwunden ist, was auch nur den geringsten Gebrauchswert besitzt von dem zerschissenen Samtbezug der Plätze zweiter Klasse bis zum Handgriff der Wagentür und dem Lederersatz, an dem die Scheiben hochgezogen werden sollen. Sie schlafen im Sitzen wie im Stehen oder dösen vor sich hin: nur noch den Willen im Leibe, herauszukommen aus der Uniform, aus diesem Stacheldrahtverhau von Befehlen, Kommandos, Papieren, nur noch gewillt, nach diesen viersiviertel Jahren dem Schlamassel zu entrinnen, ohn noch zu guter Letzt einen Granatsplitter verpaßt zu bekommen.

Otto kat Glück, er erwacht in einem der mit Menschen und Gepäck vollbesetzten Abteile einen Sitzplatz und macht es hier sofort den anderen nach: er schläft. Erst der Lärm und die Unruhe des großen Umsteigebahnhofs erfuert wecken ihn wieder auf. Jetzt kommt die schlimmste Strecke, über Halle nach Berlin. Da gibt es keinen Platz zum Schlafen mehr. Ein Feldgrauer setzt Otto einen Sack Kartoffeln so nachdrücklich auf den rechten Fuß, daß er es vorzieht, aufzustehen und in den ebenfalls überfüllten Gang hinauszutreten.

Im Nebenabteil ist eine lebhaft Auseinandersetzung im Gang. Die Stimmen schallen durch die offene Tür und als Otto die Worte versteht, schaut er sich unwillkürlich um, ob nicht eine der häufigen Zugpatrouillen in der Nähe ist. Schon mancher Soldat ist aus dem Zuge heraus verhaftet worden.

„Und ich sage dir, daß die Westfront keine acht Tage mehr hält“ erklärt ein abgerissener Unteroffizier, an dem die Felduniform wie ein Sack herunterhängt.

„Mir ganz egal“, antwortete ein Gefreiter mit dem Sanitätsabzeichen. „Für mich ist der

Krieg zu Ende, mich bekommen keine zehn Pferde mehr an die Front.“

„Wenn alle Soldaten so denken wollten, wie sie“, brummte ein Liefer Baß dazwischen, „dann wären die Engländer und Franzosen allerdings in drei Wochen in Berlin.“

Otto beugt sich etwas vor: natürlich, der Sprecher ist ein gutgekleideter Zivilist. Weiß der Himmel, weshalb er nicht in der ersten Klasse fährt, wie alle diese Schieber und Reklamierten, die mit dem Geld nur so um sich werfen.

„Warum meldest du dich denn nicht freiwillig an die Front, du vollgefressenes Schwein, ha?“ schallt es jetzt laut aus dem Kupee.

„Laßt doch diesen krummen Hund mal an die Engländer und Franzosen ran“ knallt eine neue Stimme wie eine Ohrfeige dazwischen.

„Wo hast du denn den Krieg zugebracht? — Wer hat dir denn den Druckpunkt verschafft? — Wo fehlt es denn, daß du nicht Soldat werden kannst? — Schwaches Herz, was gute Verbindungen und vollen Geldbeutel? — So wie du, so sehen alle aus, die heute noch tapfer und patriotisch sind.“

Die Stimmen schallen durcheinander, werden lauter und heftiger, es ist wie der Ausbruch lange zurückgehaltener Wut.

„Aber ich bitte Sie“, versucht der Baß sich zu rechtfertigen. Aber es ist zu spät. Er hat in ein Wespennest gestochen. Irgendwie muß sich die überall keimende Rebellion Luft machen.

„Du hast gar nichts zu bitten.“

„Unverschämtheit.“ Die Baßstimme wird plötzlich erregt. Einer der Soldaten hat dem Zivilisten zufällig mit dem schweren Stiefel gegen die Schienbeine getreten.

„Was hat er gesagt? Hau ihm doch eine in die Fresse.“ Allgemeines Durcheinander, ein wütender Protest, der von klatschenden Schlägen erstickt wird.

„Schmeißt ihn doch zum Fenster hinaus, da kann er rasch zur Front laufen“, hört man die Stimme des Sanitätsgefreiten ruhig kommandieren. Zwei Mann halten den Zivilisten fest, zwei andere versuchen, das Fenster zu öffnen. Es geht schwer.

Der Zug verlangsamt die Fahrt, das schmutzige Massenquartier, in den sich der Hauptbahnhof der Stadt Halle längst verwandelt hat, kommt in Sicht. Ein Gewehrkolben klirrt gegen das Kupeefenster, die Scherben springen in die graue Menschen-

schlange, die auf dem Bahnsteig wartet. Der Zug hält, man hört noch einen dumpfen Schrei, das Aufklatschen eines Körpers, dann ein zweites Aufklatschen, das war der Koffer des patriotischen Mitreisenden. Otto zwingt sich zur offenen Tür des Wagens durch.

Der Zivilist sucht auf dem Bahnsteig seine Knochen und Gepäckstücke zusammen. Er ist schneeweiß im Gesicht, nur von der Stirne läuft ein schmaler Blutbach über die linke Backe bis zum Mundwinkel.

„Was ist hier los?“ Ein Feldwebel und zwei Unteroffiziere im Helm tauchen plötzlich auf. Sie kommen von der Bahnwache.

„Der Mann will sich freiwillig ins Feld melden. Herr Feldwebel“, sagte trocken der Unteroffizier in Felduniform aus dem Kupee. „Da wollten wir ihm helfen, daß er nach zu recht kommt, bevor der Krieg alle wird.“

Ein prüfender Blick des Feldwebels auf die nachlässig herumstehenden Soldaten, die gar nicht daran denken, die Knochen zusammenzureißen und ihre Ehrenbezeugung zu machen, ein Blick auf die ausgegessenen Gesichter in dem ausgeschlagenen Wagenfenster, dann wendet sich der Feldwebel plötzlich zu dem Mann mit der Baßstimme und schnauzt ihn an:

„Machen Sie, daß Sie weiterkommen!“

Der Zuführer gibt das Zeichen, der Zug rückt an. Otto sieht noch, wie der Patriot, nach einem vergeblichen Versuch, dem Feldwebel die Situation auseinanderzusetzen, seinen Koffer nimmt und hinkend nach dem Wartesaal geht. Jetzt kann er zwölf Stunden warten auf den nächsten Zug.

„Noch vor drei Monaten hätte das eine Menge Verhaftungen und Festungsstrafen zwischen drei und fünf Jahren gegeben“, sagt kopfschüttelnd ein grauköpfiger Herr, der in Jena eingestiegen ist und stillschweigend den ganzen Vorgang beobachtet hat. „Aber jetzt glaube ich daran, daß Deutschland diesen Krieg verlieren muß. Die Manneszucht im Heer und das Pflichtbewußtsein der Soldaten sind völlig untergraben.“

„Kunststück“, lacht Otto respektlos dem Alten ins Gesicht, „wo sollen sie denn herkommen? Oder vielmehr, wo sind sie hingeraten?“

„Sie haben recht, junger Mann, mit Ihrer Bemerkung. Ich stelle auch nur Tatsachen fest. Als Historiker betrachte ich die Dinge von einer höheren Warte. Wie die Kriegsgeschichte lehrt, ist selbst Napoleon weniger der militärischen Macht seiner Gegner als dem Zerfall im Innern und der immer mehr überhand nehmenden Desertion in seinen Armeen unterlegen. Und so ist es immer an entscheidenden Wendepunkten der Geschichte: der

Dolchstoß von hinten zieht das Fazit und beendet das Spiel.“

„Bis jetzt fehlt noch der Arm, der diesen Dolchstoß führen könnte“, sagt Otto Bessinger etwas unvorsichtig. Der alte Herr dreht sich langsam um und musterte seinen Gesprächspartner eingehend.

„Ich nehme an, Sie sind sich über die Tragweite Ihrer Worte nicht recht im klaren. Wissen Sie, was das bedeuten würde, wenn dieser Arm, der nicht fehlt, wie ich Ihnen versichern kann, stark genug wäre zur Vollbringung der Tat? Das wäre Revolution und diese wäre ein Verbrechen.“

„Aber wer wird denn gleich mit so großen Worten um sich werfen“, lenkt Otto das Gespräch ein, da er aus den Jahren illegaler, unterirdischer Arbeit noch die Vorsicht vor jeder unnötigen und nutzlosen Aufdeckung der eigenen Karten in sich trägt. „Schon Heinrich Heine hat doch gesagt: Deutschland, die fromme Kinderstube, ist keine römische Mördergrube.“

„Dieser Heinrich Heine war ja auch ein Deserteur und ein Jude dazu. Ich sage Ihnen, junger Mann, wenn wir den Krieg verlieren sollten, dann sind nur die Juden daran schuld.“

„Und die Professoren, die Professoren dürfen Sie nicht vergessen“, wirft jetzt ein junger, schmächziger Artillerist ein, der bisher dem Gespräch schweigend zugehört hat. „Die Leute, die das Kriegsmehl und den Schützengraben als Sanatorium für Lungenkranke erfunden haben, die sich dicke taten im Fabriken von blutrünstigen Aufrufen und aus der Wissenschaft eine ekelhafte Hure machten. Ich wollte, wir bekämen eine Revolution, dann müßte man bestimmt auch einige Professoren an der Fahnenstange ihrer Universität aufhängen.“

„Das ist doch...“ Der alte Herr, der wirklich ein Professor ist, wird ganz weiß und obwohl es im Wagen mächtig kalt ist, tritt ihm der Schweiß auf die Stirne. Er sagt nichts weiter, sondern setzt sich auf einen leeren Platz im nächsten Kupee. Hier beginnt er bald, auf eine komische Art, mit sich selbst zu sprechen und diese Beschäftigung füllt ihn so aus, daß er tief erschrickt als der Zug endlich in die düstere Halle des Anhalter Bahnhof einläuft.

„Kann man Sie in Berlin erreichen?“ fragt Otto Bessinger während des Aussteigens so wie ganz zufällig den jungen Artilleristen.

„Ich bin morgen nachmittag zwischen drei und vier Uhr im Café Josty am Potsdamer Platz, morgen abend muß ich weiter fahren zu meinem Regiment nach Westfalen.“

„Gut, ich werde morgen kommen.“

Max Seydewitz Spitzenkandidat für Westfalen-Süd

Auf einem außerordentlichen Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei für den Wahlkreis Westfalen-Süd, der Ostermontag im Dortmunder Volkshaus tagte, wurde die Nominierung der Kandidaten für die am 24. April 1932 stattfindende Preußenwahl vorgenommen. Folgende Kandidatenliste fand einstimmige Annahme:

1. Max Seydewitz, Redakteur, Berlin
2. Heinrich Babacke, Bergmann, Dortmund
3. Maria Dauer, Angestellte, Horne
4. Gustav Michel, Metallarbeiter, Schwelm
5. Karl Herr, Bergmann, Witten-Heyen
6. Heinrich Fieberg, Bergmann, Lünen
7. Otto Brand, Metallarbeiter, Lüdenscheid
8. Ehefrau von der Heydt, Dortmund
9. Karl Golyzski, Bergmann, Wischerhöfen
10. Hannes Tribberg, Invalide, Wattenscheid

Des weiteren wurde ein Antrag angenommen, demzufolge die gewählten Abgeordneten verpflichtet wurden, ihre Diäten, soweit sie den Betrag von monatlich 300 M. übersteigen, an die Partei abzuführen, andernfalls sie wegen parteischädigenden Verhalten ausgeschlossen werden.

Mainz

Selbstmordversuch im Untersuchungsgefängnis. Der KPD-Genosse Anton Koppey aus Mainz-Bretzenheim, welcher wegen der Nazi-Ueberfälle in Bretzenheim seit sechs Wochen in Untersuchungshaft festgehalten wird, verübte kürzlich einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsadern durchschnitt und sich außerdem noch 17 Stiche mit einem Messer am Kopf und an der linken Brustseite beibrachte. Genosse Koppey klagte schon seit zehn Tagen über heftige Kopfschmerzen und Schmerzen in der Brust. Er meldete das auch dem diensttuenden Beamten und sprach den Wunsch aus, im Freien beschäftigt zu werden. Das wurde ihm verweigert. Genosse Sumpf, KPD-Landtagsabgeordneter, welcher Koppey am 11. März besuchte, stellte im Beisein des Ueberwachungsbeamten fest, daß Genosse Koppey krank sei und sich im Fieber befinde. Darauf beantragte Genosse Koppey, dem Arzt vorgeführt zu werden. Genosse Sumpf machte dem Gefängnisvorsteher vom Befinden des Genossen Koppey Mitteilung und beantragte ebenfalls Vorführung zum Arzt, Ueberweisung in eine bessere Zelle sowie Beschäftigung im Freien. Man versprach, alles zu erledigen; nur Beschäftigung im Freien könnte auf Grund der Hausordnung nicht stattgegeben werden. Genosse Koppey wurde nun in eine andere Zelle verlegt, weil in der alten Zelle Wanzen und schwarze Käfer mit einquartiert waren. Aber man unterließ die Vorstellung beim Arzt. Der Herr Vorsteher war scheinbar mit seinen Urlaubsangelegenheiten beschäftigt und hatte keine Zeit, sich um den kranken Untersuchungsgefangenen zu kümmern. Als Genosse Koppey nochmals nach dem Arzt fragte, antwortete man, der Arzt hätte keine Zeit. Da sich durch diese Vernachlässigung der Zustand des Kranken verschlechterte, hat Koppey im Fieberwahn den Selbstmordversuch verübt. Im schwerverletzten Zustand fand man ihn um 7 Uhr morgens und brachte ihn in das Städtische Krankenhaus. Nach Mitteilung des behandelnden Arztes soll Lebensgefahr nicht mehr bestehen. Es muß entschieden gefordert werden, daß die Schuldigen an diesem Vorfall zur Rechenschaft gezogen werden. Proletarier sind kein Freiwild für Gefängnisbeamte! — Klassengenossen, wie lange sollen solche Zustände noch andauern? Einem in die Einheitsfront! Kampf dem System — für ein sozialistisches Deutschland!

Dortmund

Sympathiekundgebung für Dr. Thunert. Der „Osterfrieden“ vermochte einer von der Ortsgruppe Dortmund der Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene einberufenen Versammlung keinen Abbruch zu tun. Da sie als öffentliche Versammlung verboten werden war, wurde eine Mitglieder-versammlung abgehalten. „Dr. Thunert verhaftet — warum?“ war neben einem Zwiegespräch zwischen einem Sozialpolitiker und einem praktischen Arzt Gegenstand der Einberufung der Versammlung. — Mausewiski sprach einleitend über Bevölkerungspolitik. Deutschland sei bevölkerungspolitisch sehr stark zusammengepreßt. Man könne sich nicht um die Existenzfrage. Können wir alle die Menschen ernähren, kleiden, im Produktionsprozeß unterbringen? Noch immer gibt es genügend Familien, die ein Dutzend Kinder in die Welt setzen. Es spreche Bände, daß die Preußenregierung das Geld für die sogenannte Hirtstier-Tasse nicht mehr aufbringen könne. So hat man sich neuerdings entschlossen, eine Muttergedenkmonze herauszugeben! Warum sind die Aerzte Wolf-Kienle und jetzt Thunert verhaftet worden? Was sagt man Dr. Thunert nach? Der Redner gab kurz die Gründe an, die zur Verhaftung führten. Weil sie Kämpfer sind gegen das Kurfürstentum, weil sie Familien geholfen haben, für die ein weiterer Familienzuwachs wirtschaftlich der Ruin gewesen wäre, weil sie offen kämpfen für den Sturz der menschenunwürdigen Paragraphen 184 und 218! Dr. Thunert ist einer der ersten Kämpfer auf dem Gebiet der Sexualreform, für Einrichtung von Sexualberatungsstellen, hauptsächlich in Lippe und dem angrenzenden Westfalen hat er solche eingerichtet und persönlich geleitet. Weiter ist er bekannt durch seine aufklärenden Broschüren und Flugschriften. Der Redner bat die Versammelten, nicht nach Hause zu gehen, ohne den Willen zur Beseitigung des Gebärzwangssystems durch folgende Protestresolution zu bekunden:

Die von der Liga für Mutterschutz heute einberufene Versammlung protestiert mit

Der Stiefel der Apparatdiktatur KPD - Arbeiter, herhören!

Plauen, 20. März 1932.

Auf dem Parteitag der KPD Sachsens während der Osterfeiertage sprach der Bezirksleiter Fritz Selbmann - Leipzig über „Die politische Lage — die Aufgaben der KPD“. Für die Arbeiter der KPD, die in vielen Orten unseres Bezirks mit unseren Genossen in Einheitsfrontorganen zusammensitzen, ist außerordentlich interessant, daß Selbmann jenen Funktionären, die auch jetzt noch an der Einheitsfront festhalten, mit der großen Säge droht:

„Aber Genossen, hier kommt eine entscheidende Frage für Sachsen: Wenn wir diesen Kampf (den Kampf gegen die SPD) richtig führen wollen, dann müssen wir mit derselben prinzipiellen Klarheit den Kampf führen gegen die SAP, gegen die Partei der Seydewitz und Rosenfeld. Die SAP ist nichts anderes als eine „links“ gefärbte Agentur der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse. Genossen, die noch jetzt eine falsche Einheitsfrontpolitik machen, muß man in der Partei von der Stelle wegnehmen, wo sie die Partei diskreditieren und kompromittieren können.“

Nach diesem Rezept wird im Bezirk Südwestsachsen gegen Funktionäre der KPD, die sich gegen die irrsinnigen, verräterischen Pa-

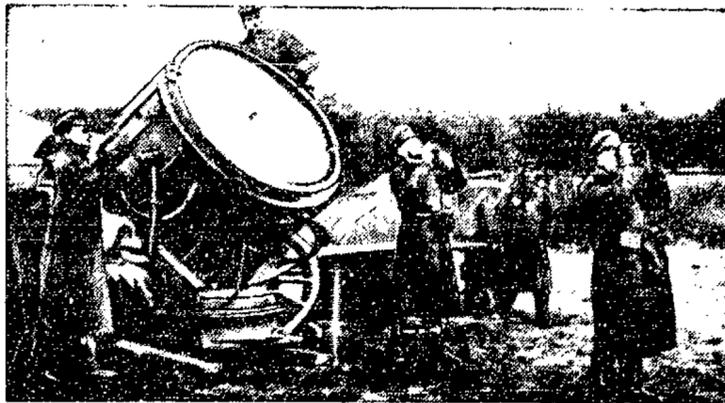
rolen ihrer Zentrale wenden, schon seit Wochen verfahren. Die Aktion gegen diese Funktionäre ist nur deshalb noch nicht mit der wünschenswerten Beschleunigung durchgeführt, weil die KPD-Arbeiter in vielen Orten genug gesunden Klasseninstinkt besitzen, um sich gegen diese hirnlosen Parolen zu wenden.

In solchen Fällen verfährt die KPD-Bürokratie vorsichtiger, etwa so, wie mit dem kommunistischen Genossen Rölz in Falkenstein, der als einer der ersten Kommunisten die gemeinsame Front mit der SAP schuf. Diesen Genossen Rölz hat die Bezirksleitung von der politischen Leitung der Ortsgruppe Falkenstein entfernt und auf „Agitationsreisen“ geschickt. Währenddessen muß sein Nachfolger in Falkenstein sich alle Mühe geben, die Einheitsfront zu zerschlagen. Ein kommunistischer Redner hat das kurz vor der Reichspräsidentenwahl in einer öffentlichen Versammlung in Netzschau ganz offen zugegeben, als er ausführte:

„Der Rölz in Falkenstein hat sich von der SAP einwickeln lassen, und darum mußte er weg.“

Kommunistische Arbeiter, ist das die Meinungsfreiheit in eurer Organisation, von der ihr uns immer so stolz erzählt?

Krieg vor der Tür!



Die Militaristen aller Länder bereiten den neuen Massenmord vor! Stärkt die Front gegen die Kriegstreiber! Verbreitet die revolutionäre Arbeiterpresse!

Gummknüppel gegen Einheitsfront

Wie ein Sozialdemokrat Hungerdemonstrationen beantwortet

Berlin, 30. März 1932.

Am Mittwoch war bereits in den frühen Morgenstunden das Gebäude des Wohlfahrtsamtes Prenzlauer Berg von Erwerbslosen überfüllt. Etwa tausend Menschen hatten sich in den Gängen aufgestellt, um Anträge auf Wohlfahrtsunterstützung, Mietsbeihilfen und dgl. zu stellen. Als die Arbeitslosen bereits stundenlang gewartet hatten, bekamen einzelne vor Hunger und wegen der schlechten Luft in den Korridoren

Schwächeanfälle.

Die Empörung der in den Räumen zusammengepreßten Menschenmassen machte sich Luft in Ausrufen wie:

„Gegen den Unterstützungsraub, für Arbeit und Brot!“

Andere wieder riefen:

„Wir haben Hunger! Wir haben Hunger!“

Bemerkenswert ist besonders, daß

die große Zahl von Reichshannerleuten, zusammen mit ihren Klassengenossen von SAP und KPD, sich an den Protestrufen beteiligten, und daß alle Arbeitslosen, gleichgültig, ob Indifferente oder politisch Organisierte, in den gemeinsamen Gesang der Internationale mit einstimmen. Wenn mit einem Lied ein führender Sozialdemokrat geschreckt und gereizt werden kann, so ist es die Internationale. Und wenn tausend Proletarier gar alle

drei Strophen singen, dann ist es mit der Geduld eines sozialdemokratischen Dezernenten zu Ende. Gegen Hunger und Protest hilft nur der Gummiknüppel.

Herr Rosemann, sozialdemokratischer Dezernent,

alarmierte das Ueberfallkommando der von seinen Parteigenossen geleiteten Polizei. So wurden die Arbeiter darüber belehrt, wie ein Sozialdemokrat die praktische Einheitsfront des Proletariats zu bekämpfen versteht. Es begann eine

wilde Hatz auf Arbeiter

durch das ganze Gebäude des Wohlfahrtsamtes. Die Erwerbslosen, die trotz Hungers und völliger Entkräftung

das ihnen zustehende Geld nicht erhielten,

wurden brutal und rücksichtslos auf den Hof abgedrängt. Hier kam es zu einer regelrechten Schlacht zwischen erwerbslosen Arbeitern und Polizei. Die Eingänge zum Hof und zum Gebäude wurden gesperrt, damit es niemandem gelingen konnte, dem Gummiknüppel zu entgehen. Später wurden die Demonstrationen auch in den anliegenden Straßen mit Polizeiterrort beantwortet.

So reagiert der Staat, unter Mithilfe sozialdemokratischer Dezernenten und Polizeipräsidenten, auf den Hunger der Massen. Erst gegen 11.15 Uhr waren die Straßen geräumt, nicht ohne daß zuvor noch einige Festnahmen erfolgt waren.

aller Entschiedenheit gegen die Verhaftung des praktischen Arztes Dr. Thunert, dem wegen angeblichen Verstoßes gegen den § 218. Sie sieht in dieser Verhaftung einen Vorstoß der Sexualreaktion gegen einen mutigen Kämpfer gegen die immer unhaltbareren Gebärzwangsgesetze. Die Versammlung fordert die sofortige Freilassung des Dr. Thunert und die Niederschlagung des Verfahrens, da der § 218 in der jetzigen Notzeit keine moralische und praktische Berechtigung angesichts der Unmöglichkeit zur Ernährung der jetzt leben-

den Menschen, und vornehmlich der Kinder, hat. Dem Dr. Thunert erklärt die Versammlung ihre vollste Sympathie in seinem mutigen Kampfe für den Sturz des Gebärzwangssystems. Wir geloben, die Verhaftung und Strafverfolgung zum Anlaß einer erhöhten Alarmbereitschaft und eines schärferen Kampfes für Mutterschutz, Geburtenregelung und soziale Familienhygiene zu nehmen.

Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen. Dem Redner Mausewiski wurde aus der Versammlung stür-

mischer Beifall gezollt. — Den zweiten Teil des Abends füllte das Zwiegespräch aus. Darauf einzugehen, würde zu weit führen. Die Fragen waren vom Sozialpolitiker sehr gut zusammengestellt, konnten aber leider infolge der vorgeschrittenen Zeit nicht alle behandelt werden. Wünschenswert wären die Antworten des Arztes von unserem Gesichtspunkt aus vielleicht sehr vieles hätte einwenden können, muß festgestellt werden, daß er bemüht war, die Versammelten zufriedenzustellen, was auch der reiche Beifall zeigte. Weitere Ausspracheabende sollen folgen. — Genossen, unterstützt den Kampf gegen die Kulturreaktion, zur Sturze der unhaltbaren §§ 184 und 218! Schließt euch der Liga für Mutterschutz an, besucht ihre Veranstaltungen, die vielseitig und belehrend sind!

Herford

Jugendweihe. Zum ersten Male machten auch in Herford die Freidenker den Versuch einer Jugendweihe. Das Lichtspielhaus Witterkind war überfüllt. Die Weierede des Genossen Vogt, Bielefeld, war umrahmt von Musik- und Gesangsvorträgen. Den ins Erwerbsleben tretenden Jugendgenossen wurde manch wertvolles Wort auf den Weg gegeben. Es darf aber im Interesse der jugendlichen Klassengenossen nicht unerwähnt bleiben, daß die vom Genossen Vogt viel gepriesene Menschlichkeit ein humanes Ziel bedeutet, das auch bürgerliche Idealisten wünschen. Jedoch wird das Streben nach diesem Ziel durch die Klassenregensätze unterbunden, und erst der erfolgreiche Kampf zur Beseitigung dieser Gegensätze bringt uns der Menschlichkeit näher. Die Phase des Klassenkampfes erst wird den Menschlichkeitsbegriff formen und ihm Gestalt geben. Zum Schluß wurde bei der Feier ein Sprech- und Bewegungchor aufgeführt. Die Freidenkerbewegung Herfords hat mit dieser Veranstaltung den Beweis ihres Kulturwillens erbracht.

Planitz

Ein Nazi wäre freigesprochen worden. In der Berufungsverhandlung, die unser Genosse W. Hiostermann beantragt hatte, wurde die achtjährige Gefängnisstrafe wegen Tragen des blauen Hemdes und roten Schlipes zu einer Geldstrafe von 10 M., beziehungsweise zwei Tage Gefängnis umgewandelt.

Mühltroff

Hindenburg steht Pate. Bei dem siebenten Kinde des Wohlfahrtsempfängers A. Sch. hat Reichspräsident von Hindenburg die Patenschaft übernommen. 20 RM. sind dabei herausgesprungen. — Es wäre besser, man würde sich dafür einsetzen, daß der berüchtigte § 218 verschwindet; denn diese Kinder werden ja doch nur zum Hungerleiden geboren.

Jägersgrün

Gemeinschaftliche Parteimitgliederversammlung des Waldgebiets. Am 1. Osterfeiertag hielten wir in Eismanns Gasthof eine SAP-Mitgliederversammlung ab, die sich eines guten Besuches erfreute. Als Gäste waren die Jugendgenossinnen und -genossen des SJV Zwickau anwesend, die durch gute Musik und Rezitationen den Abend zu einer Feierstunde gestalteten. Ein reichhaltiges Programm gelangte unter starkem Beifall zur Durchführung. Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale fand die Versammlung ihr Ende.

Schneeberg

Proletarische Antwort an den „Wochenend-Willi“. Seit Herr Willi Schlössinger aktives Mitglied der NSDAP-Motorradstaffel, Sozialisten- und Kommunistenfresser ist, ist seine ehemals neutrale „Rundschau“, die jeder Familie kostenlos zugestellt wird, ein ausgesprochenes Naziblatt geworden. Im Reichspräsidentenwahlkampf ist das der Arbeiterschaft deutlich zum Bewußtsein gekommen. Jetzt macht sein Parteivorsitzender Hänel einen Fragekasten aus ihr. Kein Arbeiter ist verpflichtet, dieses politische Schmutzblatt zu lesen. Wenn jede klassenbewußte Arbeiterfamilie Willis Blättchen ablehnt, werden die Geschäftsleute, die vorwiegend Arbeiterkundschaft haben, in der Arbeiterpresse inserieren. Verweigert die Annahme der „Wochenend-Rundschau!“

Organisationsnachrichten

SAP Elmshorn: Vorsitzender Otto Muhr, Elmshorn - Langeloh, Hainholzer Str. 15. — Donnerstag, 20. Uhr, im Lokal Geißler, Flammweg 13 Zusammenkunft der SAP- und SJV-Genossen. — Sonntag, 3. April, Bezirksparteitag in Elmshorn, Gewerkschaftshaus. Beginn 10 Uhr. Mitglieder können bei Vorzeigung der Mitgliedskarte als Zuhörer teilnehmen. Nachmittags Demonstration Nahrung durch Rundschreiben. 20 Uhr im Lokal „Carlsta!“ öffentliche Versammlung. Genosse Seydewitz spricht über „Rote Klassenfront gegen Reaktion und Faschismus“. Alle SAP- und SJV-Genossen um 19.15 Uhr im Versammlungsort!

SAP Herford: Donnerstag, 31. März, im Lokal Delius („Zur alten Bärse“), Hämeling Str. 21. Mitgliederversammlung. Referat des Gen. Kaiser: Politische Tagesfragen. Bericht vom Parteitag.

SAP Lüdenscheid: Freitag, 1. April, 20 Uhr. Mitgliederversammlung bei Dahmann.

Schuttabend Reichsbach i. V. Freitag, 1. April, 20 Uhr, in der „Bärse“ Versammlung.

SAP Reichenbach: Montag, 4. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Bärse“.

SAP und SJV Dresden: Sonnabend, 2. und Sonntag, 3. April, im „Haus der Jugend“, Strehlener Platz. Kursus über „Staat und Revolution“ mit dem Genossen Fritz Rück, Berlin. Beginn Sonnabend, 19.30 Uhr, Sonntag, 9 Uhr. Teilnehmerbeitrag 20 Pf.

SAP Coswig (Bezirk Dresden): Montag, 4. April, 19.30 Uhr. Mitgliederversammlung im Wettiner Hof.

NSAK U.-B. Zwickau: Die heutige Helferansprache fällt Umstände halber aus. Sonntag Bezirkskonferenz in Melau.

Freie Turn- u. Sportvereinig. Zwickau, Handball, Donnerstag, 31. März, 21 Uhr. Jugendversammlung im Gewerkschaftshaus, Crimmitschauer Straße.

Freie Menschen Zwickau-Planitz: Sonnabend, 2. April, 19.30 Uhr. Monatsversammlung im Volkshaus Planitz (Vereinszimmer).

SAP Melau: Sonnabend, 2. April, 20 Uhr, in der „Triakhalle“ Mitgliederversammlung. U. a. Bericht vom Reichsparteitag

Sportschau der SAZ

Neustädte II 2/3; Cainsdorf II—Aue II 12/5; Marienthal I
 10/1; Plauitz II 3/8.
 Jugend: Zwickau—Neukirchen 2/3; Zwickau—Neu-
 städte 9/4.
 Knaben: Plauitz—Wilkau 4/1.

Bühnenschauturnen des T.V. Crimmitschau

Die Veranstaltung war für den T.V. Crimmitschau ein Erfolg. Die Spielerte eröffneten gemeinsam mit der Vereinskappe den Abend. In rascher Folge wechselten dann Spiele und Turnen der starken Kinderabteilung ab. Das Programm steuerte sich immer mehr Jugend- und Altersturner, Sportler und zuletzt das Geräteturnen der Vorkürer zeigten schöne Übungen. Hierbei fielen besonders die Vorkürer mit ihren schwierigen Übungen am Hochreck und Barren auf. Den zweiten Teil des Abends füllten besonders die verschiedenen Tanzfolgen der Leibesübungsabteilungen aus. Anschließend wurde mit einem Sprech- und Bewegungsspiel, bei welchem zum Teil auch die Zuschauer mitwirkten, eine große Wirkung erzielt. Das Werk klang aus mit dem Gelbes: „Kampf dem Faschismus — Treue dem Arbeiter-Turn- und Sportbund“.

Kleine Sportnachrichten

„Freie Fußballer Berlin e. V.“ Zusammenkunft am Donnerstag, 31. März, abends 20 Uhr, Gruppe Nord-nord-o. Christianburger Str. 14. „Fahrlinlerber.“ — Gruppe Süd-o. Große Frankfurter Str. 16. Zimmer 3. Vortrag und Fahrlinlerber. — Gruppe Nord: Wildenowstr. 5. Zimmer 3. Lichtbilder-Vortrag Tammenscheit: „Auf Alpenflüssen und Bergeshöhen.“

Alle am Arbeitstag teilnehmenden Genossen haben ab Freitag Quartier im Bootshaus „Vorwärts“ (Klein-Korin), Arbeitsbeginn Sonnabend früh den 2. April.

Organisationsnachrichten SJV

Heute Donnerstag, 31. März, 19.30 Uhr: Wörther Platz „August Bebel“: Unser Kampf um die Menschenrechte.
 Charlottenburg-Mitte: Tagespolitik.
 Frankfurter Allee II: Die Gewerkschaften und ihre Aufgaben.
 Mitte-Nord: Russische Literatur.
 Mitte-Süd: Tagespolitik.
 Mitte-Rote Platten: Tagespolitik.
 Moabit: Arbeitsgemeinschaft.
 Schönberg-Friedenau: Aktivgruppe.
 Süd-West: Ergebnis des Gewerkschaftskongresses u. anschließende Gewerkschaftsfagen.
 Schönweide: Mitgliederversammlung.
 Westend: Tagespolitik.
 Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Funktionärsitzung beim Gen. Mundt, Czarnikauer Straße 22.

Mitteilungen der BL: Alle Gruppen müssen das Monatsprogramm für April abgeben. Das kann auch telefonisch geschehen. Desgleichen können auch Referenten telefonisch bei der Zentrale angefordert werden.
 Der Jungprolet muß abgerechnet werden.

Sozialistische Arbeiterkinder
 Oberschöneeweide — Mitte — Friedrichshain: Sonntag den 3. April, treffen sich die Gruppen zur Schritzfahrt. Mitte und Friedrichshain: um 10 Uhr am Bahnhof Köpenick.

Bezirksverband Berlin: Die bereits durch Rundschreiben bekanntgegebene Delegiertenversammlung findet Sonnabend, 2. April, 15 Uhr, in der Vorkürer-Poststation, Brückenkstr. 2, statt.
 Bezirksverband Berlin: Donnerstag, 31. März, 19 Uhr, Sitzung des engeren Bezirksvorstandes im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.
 Ortsgruppe Lichtenberg: Bildungskursus Paul Fröhlich: „Geschichte der proletarischen Parteien.“ Donnerstag, 31. März, 19.30 Uhr, bei Rosky, Gürtelstr. 28.

Sportlersitzung: Sonnabend, 2. April, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34, 19 Uhr. Tagesordnung: „Die Lage im Arbeitersport und unsere Aufgaben“, Organisatorisches, Verschiedenes.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Dückstein; für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m.B.H. Druck: Georg König sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.
 Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
 Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.
 Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
 Inseratpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Sperrtarife für die Verbestellungsgebiete.
 Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siebel Zeitungs-Verlag ges. m.B.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Gesinnungsterror im ATSB?

Zur Kreisvertreterkonferenz in Leipzig

An den gleichen Tagen, an denen in Berlin die Parteitage der SAP tagte, fand in Leipzig eine für den Arbeitersport bedeutende Tagung statt: Die Kreisvertreterkonferenz des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der offizielle Pressedienst des ATSB nennt diese Tagung den „kleinen Bundestag“ und deutet damit gleichzeitig an, daß die Beschlüsse, die da von den 57 Mitgliedern der KVK gefaßt werden, für alle Mitglieder der großen Arbeitersportorganisation bindend sein sollen.

Aber werden diese Beschlüsse wirklich dem Willen der Mitgliedschaft entsprechen? Nein, sicher nicht, ebensowenig wie die Zusammensetzung der KVK der des Bundes. Betrachtet man sich die Konferenz von dieser Seite, so findet man, daß von den 57 Mitgliedern 1931 nur zwei als Handarbeiter tätig waren, die übrigen 55 als Angestellte und Beamte. Das Verhältnis in der Mitgliedschaft ist genau umgekehrt. Oder anders: von den Mitgliedern des Bundes dürften (der 14. Kreis Schlesien als Grundlage der Berechnung genommen) rund 60 Prozent arbeitend sein, von den Mitgliedern der Konferenz kaum 10 Prozent. Von den Vertretern sind 10 besoldete und 13 unbesoldete Mitglieder des Bundesvorstandes, Kreisvertreter sind es 19, dazu kommen 5 Mitglieder des Bundesausschusses.

Um diese Betrachtung kommt man nicht herum, will man den Wert der gefaßten Beschlüsse erfassen, Beschlüsse, die zum Teil von außerordentlicher Bedeutung und grundsätzliche sind.

In seinem programmatischen Referat zur sportpolitischen Lage betonte Genosse Gellert, „daß eine Benutzung des ATSB-Organisationsapparates zu Diensten der SAP, oder eine Zersetzungsarbeit der SAP in den Bundesapparaten, in Bundesvereinen usw. nicht geduldet werden darf.“ Dazu muß immer und immer wieder festgestellt werden, und das sollte Genosse Gellert bald begriffen haben, daß die SAP nicht weniger als die Einheit der Arbeitersportbewegung für notwendig, ja für dringend erforderlich hält. Wenn die Kritik der SAP an der verhängnisvollen Taktik der KPD sich insofern unterscheidet, als sie nicht an den Symptomen — wie der Bundespressedienst oft — herumdoktert, sondern die Gründe der Sportsplaltung darzulegen sucht, wobei allerdings auch oft Fehler führender Sportfunktionäre mit beleuchtet werden, ist diese Kritik dann etwa weniger ehrlich, ist diese sachliche Kritik etwa bundesschädigend? Wenn Sportgenossen die Tolerierungstaktik und die Eiserner-Front-Bewegung für falsch ansehen und diese ihre Überzeugung für veranlaßt, sich der SAP anzuschließen, haben diese Genossen dann weniger Rechte im Bund? Durfen diese Genossen nicht für ihre Überzeugung kämpfen? Will die Leitung des ATSB Gesinnungsterror über nach bewährtem Muster? Ganz gleich ob's Absicht ist oder nicht, solche Formulierungen müssen dahin führen, und das zu bekämpfen, das ist allerdings Pflicht unserer Genossen, ebenso wie all das, was sie war für Illusionen halten und als schädlich für die Arbeiterklasse betrachten.

Die Kreisvertreterkonferenz befaßte sich in der Hauptsache mit organisatorischen Fragen. Nachstehend der offizielle Bericht:

Die am 21. und 22. März in der Bundesschule zu Leipzig stattgefundene Tagung erfaßte durch die Hinzuziehung der Bundesspartenausschüsse eine

außerordentliche Bedeutung. Die Spartenausschüsse waren vollständig vertreten, ebenso der Bundesvorstand. Von den Kreisvertretern waren drei in Vertretung erschienen. So mußte die Tagung 80 der führenden Funktionäre, die mit einer fast beispiellosen Ehrlichkeit und Sachlichkeit über die Geschichte des Bundes berieten.

Der Bundesvorsitzende Gellert erstattete den Bericht über das vergangene Jahr. Die wirtschaftlich schlechten Verhältnisse bewirkten einen Rückgang der über 11 Jahre alten Mitglieder um 27.666, dagegen eine Steigerung der Kinder von 203.766 auf 226.931, so daß die Gesamtzahl der Bundesangehörigen nur um 1.198 gesunken ist und 742.118 betrug. Die Steigerung der Vereinszahl von 7018 auf 7492 beweist, daß sich der Bund in dem wachsenden Wachstum befindet, während der Mitgliederrückgang lediglich eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Eine im Dezember 1931 vorgenommene Erhebung ergab, daß 16.87 vH der Mitglieder erwachsen sind.

Der Bundeskassierer Ranke legte in seinem Kassenbericht klar, daß eine Senkung der bisher stets sehr niedrig gehaltenen Bundesbeiträge ohne Bruchung der Bundesschulden und ohne eine weitere Einschränkung der Unfallunterstützung nicht möglich sei. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, dem Bundestag 1933 in Magdeburg eine Neuvorlage über das Finanzgebahren des Bundes vorzulegen.

Aus dem Bericht des Geschäftsführers von Arbeiter-Turnverlag ist zu entnehmen, daß der Gesamtumsatz — beeinträchtigt durch die zum Teil nicht unerheblichen Preisrückgänge — zurückgegangen ist. Beim Umsatz in den Filialen des Arbeiter-Turnverlages haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gleichmäßig ausgewirkt. Die Arbeiten der Verlagsdruckerei haben an Umfang zugenommen.

Ostersport in Hessen-Mittelrhein Hochbetrieb im Fußball

Die Fußballer des 9. Kreises boten von Karfreitag bis Ostermontag ein reichhaltiges und auch qualitativ ansehnliches Programm. Die gastierenden Mannschaften mußten in den meisten Fällen erkennen, daß am Frankfurt herum die Turnen ziemlich hoch hängen. — Der VfB. 13 Frankfurt schlug am Samstag die Tz. Würzburg-Hochberg mit 11:3 überlegen und holte sich am Montag einen 4:2-Sieg aus Mannheim-Friedenheim. — In der Leipzig verlief gegen Jask-Frankfurt 0:2, gegen den ASV. Westend 1:5. — Aus dem 10. Kreis gastierten zwei Vereine: Neuscheidt spielte in Dreieichenhain 2:2 und verlor gegen Friedheim mit 0:8 knapp 1:2. Neuhofen wurde in Friedheim mit 3:5 bezwungen, besiegte jedoch Wixhausen 1:0. — Daneben gab es auch noch spannende Lokalkämpfe. Die F.T. Frankfurt Nord ließ sich von Waldorf und ESV. 91 Frankfurt-Sachsenhausen jeweils mit 2:1 schlagen. Frankfurt-Bockenheim verlor überraschenderweise gegen Friedheim 0:8 mit 3:1 und siegte in Sandbach nur knapp mit 3:2. — Der Kreismeister Naunheim schlug Bürgel leicht 6:1 und siegte in Heuchelheim mit 4:1.

Weitere Ergebnisse: Frankfurt-Friedenheim-VfB. Heddenheim 2:1; Frankfurt-Rudolheim-Battelforn 6:2. — Höchst a. M. 8:1; Schwabach-Eichte Frankfurt 4:2; Eschborn-Oberrod 4:0; Mühlbachen-Kilmssteden 2:1; Roddorf-Broschtham 0:4; Kilmssteden-Broschtham 1:1; Hansen 0, 0; Niederoden 2:0; Mühlheim-VfB. Oberrod 2:1; FTG. Farnstadt-Nußheim 1:1; Gr.-Goran 0:0; FTG. Pfingstfeld-Broschtham 3:2; Gräfenhausen-Arheilgen 1:0; Morfelden-Egelbach 2:2; Waldorf-Morfelden 1:1; Gr.-Zimmerer-Michelstadt 1:0; Rauhheim-Manz-Bretzenheim 0:0; Heuchelheim-Dietzenha 6:1; Wiesek-Dietzenbach 1:2; Groß-Buseck-Bürgel 2:2; Niederst.-Wixhausen 5:2. — Ostheim 5:1; Friedberg-Efelsen (Rh.) 0:0; Gshheim-Altstadt 1:2; Oberrod-Bach-Schwabheim 5:2.

Handball-Spiele

Der ASV. Westend-Frankfurt gastierte in Berlin und schlug Lütlich-Brossow hoch 12:3, nachdem er auf der Haidark gegen den Meister des 6. Kreises, Anchen-Merkstein, knapp 4:5 verloren hatte. — Die F. T. O. Friedheim nutzte die Gelegenheit mitoldtschen Klassenhandball

Der Bundesschulleiter Benedix berichtete, daß nach den vorliegenden Beschüssen die Anzahl der Kurse an der Bundesschule zwar herabgesetzt sind, die Nachfrage für die Beteiligung an ihnen außerordentlich gestiegen ist. Die von der Schule veranstalteten Arbeitserlern-Lehrgänge werden zahlreich besucht. Die Lehrtätigkeit der Bundesschule ist auf die Heranziehung neuer Funktionäre eingestellt.

Im Mittelpunkt des zweiten Tages stand die politische Reform des Bundesvorsitzenden Gellert, der einzuangs die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge der Gegenwart behandelte und dann auf die Stellungnahmen der SAP im Bund überging. Dabei stellte er fest, daß eine Benutzung des ATSB-Organisationsapparates zu Diensten der SAP oder eine Zersetzungsarbeit der SAP in den Bundesvereinen, Bezirken, Kreisen usw. unter keinen Umständen geduldet werden darf. Wo sich solche Fälle zeigen, wird der Bund einschreiten. Die Arbeit der kommunistischen Opposition ist hier und da bemerkbar, aber in sich selbst demoralisiert gespalten, daß die Beziehung „Einheitspartei“ für sie ebenso großer Hohn ist wie für die politischen Einheitspartei. Prozesse wegen unbefugter Namensführung und Raub von Vereinsvermögen mußten von Bundes wegen 151 durchgeführt werden, die fast sämtlich zu unseren Gunsten entschieden wurden. Die dadurch entstandenen Unkosten sind erhöht durch die von den Gegnern vielfach gestellten Offenbarungs- und weil in mehreren Fällen die Gegner auf Armenrecht klagen.

Die Treue zur Eisernen Front und die Verbundenheit mit der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde durch die Annahme einer Entschuldigungsentscheidung und als der beste Schutz der Arbeitersportbewegung und die stärkste Waffe gegen den Faschismus bezeichnet. (Warten wir ab! D. Red.)

Einer Statutenänderung (welcher Red.) wurde zugestimmt, und die Maßnahmen des Bundesvorstandes in der verflochtenen Betriebszeit gutgeheißen. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, einen Ausschuß zu berufen, dem die Wahl des Festortes für das 3. Bundestest übertragen werden soll.

Handball im Zwickauer Bezirk

Werdau-Leubnitz komb.—Leipzig-Großschöcher 7:3. Die Gäste stellten eine sehr schnelle Elf. Durch schöne Einzelleistungen sie ihre Erfolge. Die kombinierte Mannschaft hand sich schlecht zusammen. Resultat 7:3. — Cainsdorf II—Aue II 15:2 (9:2). Die Spielweise der Gäste war ohne jede Durchschlagkraft. Gegen die flotten Angriffe der Cainsdorfer war auch die Hintermannschaft nicht gewachsen. — Wilkau II—Fockendorf (Thür.) 1:4 (5:1). Nach längerer Zeit konnte die Spielweise der Wilkauer Mannschaft wieder belebigen. Durch großen Eifer in der ersten Halbzeit wurde der Vorsprung geschaffen, der ausgeglichen für den Sieg war. — Stöcken I—Leipzig-Großschöcher 1:9:6. Die Verpflichtung der Leipziger Mannschaft war für den Landverein Stöcken ein Ereignis. — Zwickau I—Wilkau I 7:5 (4:4). Diesmal war es ein Freundschaftsspiel. Obwohl Zwickau anfangs 4:1 führte, erzwang Wilkau bis zum Wechsel doch noch ein Unentschieden. In den letzten Minuten erst sicherte sich Zwickau mit einigen schnellen Durchbrüchen den Sieg. — Schedewitz I—Fockendorf I 4:5. Fockendorf traf hier auf einen gleichstarken Gegner. Das Spiel war deshalb sehr abwechslungsreich und bot viele spannende Momente. — Oberreichenbach I—Plauen-Eiche-West I 2:7. Oberreichenbach gestaltete das Spiel immer öfter Plauen war jedoch im Zuspätkommen überlegen. — Zwickau I—Neustädte I 12:3. Die Gäste aus dem Erzgebirge waren Zwickau in keiner Weise gewachsen. — Marienthal I—Wilkau komb. 4:9. Bei Marienthal sind in der Mannschaft noch einige schwache Punkte vorhanden.

Untere Mannschaften: Leubnitz-Werdau komb II geg. Großschöcher II 3:2. Stöcken II—Großschöcher II 3:5; Leubnitz-Werdau komb I gegen Leubnitz-Werdau komb II 14:3. Wahlen I—Crimmitschau III 5:4; Zwickau II—Wilkau II 1:3; Zwickau III—Wilkau III 3:3; Zwickau II gegen

verspüren; in Halle-Diskau wurde 5:7, in Bernburg gar 2:12 verloren. — Mühlheim spielte gegen RSK. Sulzries 3:3 und wurde vom Meister des 8. Kreises, T.B. Neillingen, 2:5 geschlagen. — Auch die FTG. Darmstadt fuhr ins Schwabenland und war gegen Stuttgart-Wangen mit 9:6, gegen Unter-Türkheim mit 11:8 erfolgreich. — Pfungst-Frankfurt-Turner hatten beim süddeutschen Meister Friedersheim mit 4:1 das Nachsehen. — Friedersheim im h. D. gab dem Meister des 10. Kreises, Friedrichsheim, mit 11:6 eine deutliche Lektion.

Weitere Resultate: Arheilgen—Sprendlingen 6:2; FTG. Mainz-Nied 10:3; FT. Bornheim—Eckheim 5:2; Büschheim—Kl.-Steinheim 14:3 (9); Dörigheim—Rumpfenheim 3:6; Schiri-Elf—Langen 4:6. Mit einem 7:1-Sieg über Gr.-Bieberau erkämpfte sich Bürgel die Teilnahme an den Spielen der Kreisklasse. B.

Staats-Theater
 Oper U. d. Linden
 Donnerstag, 31. März
 14.09 Uhr:
 Tristan und Isolde

Schauspielhaus
 Gendarmenmarkt
 Donnerstag, 31. März
 20 Uhr:
 Die natürliche Tochter

Schillertheater
 Anhalterstr. 13
 Donnerstag, 31. März
 20 Uhr:
 Die milde Straße

Lest den
 Klassenkampf!

Volkshühne
 Theater a. Bülowpl.
 9/1 Norden 294
 Donnerstag, 31. März
 8.15 Uhr:
 Androklos u. d. Löwe

Rose-Theater
 Große Frankfurter Str. 132
 Freitag 7. Weichsel 147
 Donnerstag, 31. März
 8.15 Uhr:
 Jettchen Gebert

CIRCUS BUSCH
 141. Weidenaustr. 32a
 Tagl. 4.30 u. 8.15 U.
 Sa. 2.45 u. 8.15 U.
 Saisonabschluss: 3. April

Lichtspiele
 am Stettiner Bahnhof
 Invalidenstr. 127
 Tonfilm-Tageskino
 Es wird schon wieder besser
 und „Lockruf der Berge“

Münz-Theater
 Münzstr. 10
 Tonfilm-Tageskino
 Die Schlacht von Bademünde
 und Hans Albers in
 „Der Greiter“
 Neueste Fox 15min. Wochenschau

Elysium - Lichtspiele
 Prenzlauer Allee 56
 Lee Parry, Magda Schneider,
 Hermann Thimig in
 „Ein bißchen Liebe für Dich“
 Auf der Bühne:
 Mizzi Koschek,
 die beliebte Vortragskünstlerin

PRATER
 Lichtspiele
 Kastanienallee 7/9
 Hochbahnhof Danziger Straße
 Autobus 9

Der neueste Hermann Thimig-Film
 mit Olga Limburg, Jakob Tiedke
Mein Freund — der Millionär
 lernen: Hans Albers und Käthe Dorsch in
Drei Tage Liebe
 Wochenschau
 Einlaß 1/2, 5 Uhr Eintrittspr. ab 0.50 RM

M. I. L. A.
 Lichtspiel-Palast
 Schönhauser Allee 130
 Trude Berliner, Magda Schneider,
 Johannes Riemann in
 „Fräulein — falsch verbunden“
 Dazu Ralph Arthur Roberts in
 „Zu Befehl — Herr Generaloffizier“
 mit Ida Wüst

HAUS WATERLAND
 RIGOLDSTR. 20
Permutungs-Restaurant
 Berlins
 BETRIEB KEMPINSKI

Notzeit — Notpreise!
 Kein Laden
 Lindower Straße 18/19.
 Seitenflügel, nirgends so billig.
 Militärjacke 2,75; Stiefel 3,75; neue
 Schladdecken 0,95, 1,65; Monteurjacken
 und Hosen 1,20; Militärunterhosen und
 Hemden 0,75; Leinwand 0,90 Mark;
 neue Arbeitshosen, englische Leder 3,80;
 neue Schürzhüte, Militärart, Voll-
 leder (kein Spallleder) 4,90; neue Mil-
 itärtschuhe, Lederschuhe, 1,30 Mark;
 Militär-Dreijacken 1,10;
 Rosen 1,10; die Windjacken 4,85; neue
 die Vollleder-Schladdecken 11,75; neue
 Strickwesten 1,60; neue La Reinwol-
 lensocken 0,75; reinwollene Pullover 2,90;
 gut erhalten schwere Winterjoppen 5,00
 Alles zum Ansehen! Militärröcke für
 Arbeitszwecke 2,50 M.; neue Hosen,
 gebrauchte Hosen 3 M.; neue feidgraue
 Tuchhosen 8,75; la Manchesterhosen
 5,75; la Kaparschen Arbeitshemden
 1,95; Militär-Strickjacken, geb. 1,20;
 Militär-Feuchthandschuhe, wasserdicht,
 warmgefüllt, 1,00; Rucksack, neue
 Ledersack, Schlösserhemden; Packer-
 blusen, Arbeitsmittel, Brecheshosen
 4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne
 Kauzwang! Versand nach außerhalb
 gegen Nachnahme! Umtausch gestattet.
 Einzelverkauf! Siegmund Schwarz, Be-
 kleidungsverband 3 Berlin N 65, gegen-
 über Bahnhof Wedding, Lindower
 Straße 18/19.

**Genossen
 Beachtet
 unsere
 Inserate!**

**Werbi
 für die
 „SAZ“**

**Achtung! Schutzbund-
 und Jugendgenossen!**

blaue indanthren Sportheimden	Mk. 3,95
rote Seidenripsbinder	„ 0,75
rote Halstücher	„ 0,75
100 Wachsacklein	„ 25,00
S. J. V. Kittel- und Kleiderbrosche	„ 1,75
Reichsjugendherbergverzeichnis 1932	„ 0,90
Arbeiterjugendliederbuch	„ 0,65
Hodann, Bub und Mädel	kart. „ 2,60
	Leinen „ 4,20

(Dieses Buch darf in keiner Jugendbibliothek fehlen)

**Sämtliche Ausrüstung und Bekleidung
 für die Osterwanderung**

Liebt Solidarität! Kauft bei uns!

Die Fackelstuben
 Eigentum des Bundes zur Förderung
 sozialistischer Werksgemeinden E. V.

Berlin C 2 Klosterstraße 62
 Geöffnet von 9-19 Uhr Besucht uns unverbindlich.

Versand gegen Nachnahme oder Vereinsendung des
 Betrages auf Postcheckkonto Berlin 6632 des Bundes zur
 Förderung sozialistischer Werksgemeinden E. V., Berlin C 2

KINO FÜR JEDERMANN
 Potsdamer Str. 4, im Vorhaus, am
 Potsdamer Platz B 1 Karl 2334.
 Vom 29. bis 31. März:
Zum goldenen Anker
 mit Albert Bassermann, Ursula Grabbe,
 Matthias Wieman, Jakob Tiedke,
 Karl Ettlinger
 dazu:
 Ufa-Tonwochenschau
 Das erste klassische Beiprogramm
 tags ab 9 Uhr vorm.
 Sonntag ab 3 U. nachm. bis 11 U. nachts.
 Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Theater des Weddings
 Müller-, Ecke Selterstraße
 Ein Film der Sensationen:
Helden der Luft
 dazu der Großfilm:
Hochstapler im Mitternachtsexpress
 Das gute Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
 Müllerstraße 142
 Ab Sonnabend:
 1. Tonfilm:
**George Bancroft in
 „Mann über Bord“**
 2. Tonfilm:
**Szöke Szakall in
 „Der unbekante Gast“**
 Lustspiel mit Lucie Englisch,
 Hans Brausewetter.

Kampfsignal
morgen neu!

Der Parteitag der SAP

Die Programmdebatte

(Schluß.)

3. Tag

Genosse Hauschild eröffnet um 8 1/2 Uhr die Tagung wieder. Es wird in der Programmdebatte fortgefahren.

Hinrichsen-Chemnitz:

Ich glaube, daß es notwendig ist, den Genossen, die im Völkerbund eine Garantie des Friedens sehen, entgegenzutreten. Wenn wir wissen, daß jeder Staat eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere ist, wenn wir wissen, daß der Völkerbund nicht ein Bund von Völkern, sondern von Regierungen ist, dann ist unsere Stellung zu diesem Völkerbund unbedingt eine ablehnende, weil der Völkerbund nichts anderes sein kann als ein Interessenausschuß der Bourgeoisie des Imperialismus, der mächtige Apparat des Imperialismus im internationalen Maßstab. Eine internationale Verständigung der Kapitalisten untereinander kann natürlich keinen anderen Gegner haben als das internationale Proletariat. Gestern hat in der Diskussion auch die Frage der Rolle der proletarischen Parteien eine Rolle gespielt. Man kann sagen, ein Gespenst geht um in der SAP: das Gespenst des Kommunismus. Man sagt, daß man sich gegen die KPD abgrenzen soll. Ich glaube, daß man das tun muß, aber man muß der KPD Bedingungen stellen. Wenn sie sie ablehnt, dann würden diese Bedingungen in den Massen agitatorisch wirken.

Stechert-Berlin:

Es hat, glaube ich, vor 11 Jahren ein Parteitag stattgefunden, an dem 21 Bedingungen vorgelegt wurden. Ich weiß nicht, ob es ein Zufall ist, daß auch unsere Prinzipienklärung 21 Bedingungen enthält. Diese 21 Bedingungen bedeuten keinen Schritt vorwärts, sondern sind die völlige Uebernahme der Ideologie aus dem Jahre 1920, trotz aller Erfahrungen, die die Klasse gemacht hat.

Während es früher hieß: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, gab Sinowjew 1920 in Halle die Parole heraus: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ Damit wurde ein vollkommen neues Prinzip geschaffen. Man hat hier die nationale Bewegung zur bedingungslosen Angelegenheit der Arbeiter gemacht, was auch Genosse Fröhlich gestern in seiner Rede und im „Klassenkampf“ feststellte, d. h. daß wir die Kolonialpolitik bedingungslos unterstützen müssen. Jetzt ist die Situation aber verändert. Alle Redner stellten fest, daß wir uns in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus befinden. Wenn man sagt, die Ostvölker führen heute einen revolutionären Kampf in dem Sinne, wie die Bourgeoisie 1848 in Deutschland und anderen Ländern, verkennt man die Struktur der heutigen Bourgeoisie bei den Kolonialvölkern. Wir haben keine Einheitsfront mit der nationalen Bourgeoisie zu machen. Wenn nach dieser Prinzipienklärung bei uns Politik gemacht wird, müssen wir alles decken, alles durchführen, was auch die heutige KI durchführt.

Kappel-Schwelm:

Was unsere Genossen wollen, ist nicht, daß wir uns auf Dogmen festlegen. Viel wichtiger halten wir es, daß innerhalb der SAP aufkommende Meinungsstreitigkeiten ausgeglichen werden. Das muß Prinzip sein. Wir werden gegen alle Tendenzen vorgehen, die versuchen, eine Führung einer gewissen Führerschaft über die Partei herbeizuführen. Unsere Jugend ist aufgewachsen im Durch-einander der proletarischen Klasse. Sie sagt heute: geht es nicht bei der SPD, dann bei der KPD oder bei den Nazis, oder vielleicht auch bei der SAP. Es fehlt der Jugend ein Bewußtsein, eine Aufgabe: hier stehen wir, hier müssen wir einsetzen! Wenn die Partei der Jugend ein Klassenbewußtsein gibt, dann ist sie die Führerin.

Katzenstein:

Bei der Gründung der Partei sind wir mit der Parole: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, vor die Arbeiterschaft getreten und haben mit dieser Parole für die Partei gewonnen. Es ist nötig, die vorgelegten Programm- und Richtlinien-Entwürfe unter dem Gesichtspunkte dieser Parole zu betrachten. Wenn nun in den Entwürfen des PV. es zuerst heißt, „Das parlamentarische System ist bankrott“ und nachher ein Speisetzettel von Forderungen erhoben wird, die nur im Parlament durchgesetzt werden könnten, so ist das ein Widerspruch. Wir müssen das scharf ablehnen, weil dies auf nichts als auf parlamentarischen Kretinismus hinausläuft. Das vorgelegte Programm ist untauglich dafür, das Proletariat zu aktivieren. Die Mitgliedschaft in Lande ist zu uns gestoben, weil sie die Untauglichkeit der Apparatherrschaft in SPD und KPD erkannt hat. Sie will selbst bestimmen. Die von uns aufzustellenden Forderungen dürfen nur solche sein, die die Aktivität der Massen fördern, die in der Stellung der Arbeiterschaft im Betriebe, im Produktionsprozeß wurzeln. Wir lehnen deshalb Forderungen, wie Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und Parolen wie „Her mit der Arbeiterregierung“ als Illusionen und die Aktivität der Massen lähmend ab. Der Richtlinien-Entwurf Reichenbach ist in unserem Bezirk mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Das zeigt klar, wie die Genossen im Lande denken. Ich warne euch, auf eurem Wege weiterzugehen. Es gibt nur eine Machtposition

des Proletariats: Die Stellung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß. Alles andere ist Schwindel und Illusion.

Schaller-Leipzig:

Wir Leipziger Genossen sind nicht nur grundsätzlich mit der Prinzipienklärung des Parteivorstandes einverstanden, wir begrüßen sie als eine Tat. Wir haben die Entwicklung der SAP mit Spannung verfolgt, wir sind der Auffassung, daß sie eine klare Entwicklung nach links zeigt, die wir mit allen Mitteln unterstützen und fördern müssen. Wir sind nicht der Meinung, daß man so wichtige Begriffe wie Diktatur des Proletariats als Worte bezeichnen kann. Wir machen nicht den Unterschied zwischen Theorie und Praxis, wie er leider gemacht wurde z. B. von dem Genossen Eckstein, er sagte, es handele sich um Worte, es komme auf die Aktion an. Bei dem Genossen Kleineibst werden aus den Worten Zauberworte. Noch einen Schritt weiter, dann sind wir bei Eduard Bernstein, da haben wir aus Zauberworten „alte abgegriffene Schlagworte“. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die SAP sein muß eine kommunistische Partei hinsichtlich ihres Programms, hinsichtlich ihrer Politik und auch hinsichtlich der soziologischen Schichten, die sie vertritt. Wir lehnen die Erklärung Rück ab, weil sie einen falschen taktischen Grundsatz vertritt, indem sie sagt, wir müßten uns als Partei verleugnen.

Diamant-Baden:

Angesichts des völligen Versagens des Reformismus und angesichts des Versagens der Kommunisten, wurde deutlich bei der Präsidentenwahl am 13. März, die nicht nur eine parlamentarische Niederlage, sondern Ausdruck der politischen Niederlage der KPD, Ausdruck des Mißtrauens der deutschen Arbeiterbewegung gegen die kommunistische Führung war, muß die SAP ihre geschichtliche Mission, führende Partei des Proletariats zu werden, erkennen und durchführen. Sie kann führende Partei des deutschen Proletariats nur werden, wenn man sich scharf abgrenzt sowohl gegen den Reformismus wie auch gegen die KPD. Diese scharfe Abgrenzung vermissen wir im zweiten Teil der Prinzipienklärung, die vom PV vorgelegt worden ist. Wir bemängeln, daß zur Frage der II. und III. Internationale nicht eindeutig gesagt wird, wie sich die SAP in Zukunft die internationalen Verbindungen des deutschen Proletariats vorstellt. Wir bemängeln weiter, daß zwar richtig herausgestellt wird die Fehlerhaftigkeit der Politik der Kommunisten, daß aber nicht erklärt werden die Ursachen, die zu dieser Fehlerhaftigkeit führen mußten. Wenn man erkennt, daß diese Politik der Kommunisten bedingt ist durch die falsche strategische Einstellung der sowjetischen Staatspolitik, erklärt es sich, daß die Kommunisten keine von Genossen Rück gestellten Bedingungen annehmen kann. Wir müssen uns lösen aus einer beginnenden Umklammerung der KPD. Wir haben keine Veranlassung, bei den kommenden Auseinandersetzungen die Prügelknaben der falschen kommunistischen Politik zu sein.

Frank-Berlin:

Notwendig ist, daß wir grundsätzlich herausarbeiten, wo wir uns trennen, nicht nur von der Politik der Kommunisten, sondern von den Auffassungen, die der Organisation, dem Auftreten der Komintern zugrunde liegen. Genau so gut, wie es keine Brücke zum Reformismus gibt, kann es keine Brücke geben zu den spezifischen Fehlern, Irrtümern des revolutionären Marxismus, wie wir sie in der KI sehen. Die meisten Mitglieder unserer Partei haben die SPD im großen ganzen überwunden, sich von ihr getrennt. Sie glauben aber, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, daß der Anschluß an das andere Lager unmittelbar bevorstehe und daß sie nicht sehen, daß die letzten 14 Jahre auch gleichzeitig den Bankrott dieser Richtung gebracht haben. Ich will nicht mißverstanden werden: wenn wir unbedingt zum russischen Oktober stehen, so haben wir die wichtigste Lehre daraus nicht zu vergessen, daß nur eine revolutionäre Partei, nur eine Vorhut der Klasse imstande ist, in der proletarischen Revolution den Sieg der Klasse wirklich zu verbürgen. Bei uns sind starke Voraussetzungen dafür vorhanden, die neuen Kadern der revolutionären Bewegung zu schaffen, die in Deutschland siegen werden. Wir wenden uns gegen den Antrag der Genossen Rück-Düb-Schaber. Ich möchte dem Genossen Schaber sagen: Wir haben die Sowjetunion im Jahre 1921 verteidigt, wo dort die Wirtschaft zusammengebrochen war. Seitdem ist eine ungeheure Entwicklung vor sich gegangen, aber wir sind nicht bereit, heute schon zu erklären, daß dort der Sozialismus verwirklicht ist. Wir sagen: unter den ungeheuren Schwierigkeiten gibt es besonders für die westeuropäische Arbeiterschaft eben soviel Positives wie manches Kritische an Rußland.

Liebkecht-Berlin:

Von den Programmwürfen sind mir die der Genossen Reichenbach und Ledebour die sympathischsten, von den Prinzipien-erklärungen die der Genossen Siemsen und Reichenbach. Die anderen Programmwürfe und die Prinzipienklärung des Vorstandes verwerfe ich mit aller Entschiedenheit. Ich verwerfe sie deshalb, weil diese Entwürfe gegenrevolutionär wirken. Sie führen das Wort Revolution dauernd auf, aber ihre Wirkung ist und muß gegenrevolutionär sein. Ich habe oft erlebt, daß sich hinter revolutionären Forderungen die Gegenrevolution

verbirgt. Man kann nicht auf den Gedanken des unmittelbaren Zusammenbruchs des Kapitalismus seine Politik einstellen. Der Kapitalismus ist ein ungeheuer lebensfähiges Gebilde. Jeder von uns wünscht jeden Krieg gegen Sowjetrußland fernzuhalten. Jeder von uns steht an der Seite der russischen Arbeiter. Das können wir aber nicht tun, wenn wir zum Werkzeug der russischen Außenpolitik werden.

Müller-Neukölln:

Wir haben zu untersuchen: Ist die proletarische Revolution in Rußland durchgeführt worden auf Grund marxistischer Erkenntnisse oder ist sie spontan und plötzlich entstanden auf Grund irgendwelcher Zufälligkeiten, die durch den Krieg entstanden sind? Es ist ganz klar, daß ohne Lenin oder die russische Partei, die Lenin aufgebaut hat, in Rußland heute nicht die Diktatur des Proletariats vorhanden wäre, sondern eine Koalitionsregierung, ähnlich wie in Deutschland die Brüningregierung. Wenn die Bolschewiki die Staatsmacht erkämpft haben, so deswegen, weil sie eine genaue Vorstellung hatten auf Grund ihrer Kenntnis der russischen Wirklichkeit und ihre Taktik darauf einstellten. Die Taktik war absolut sozialistisch. Erst wenn die Staatsgewalt von uns erobert ist, beginnt die Bewußtseinsklärung, weil im kapitalistischen System niemals das Proletariat vollkommen sozialistisch denken kann. Ich unterstütze den Genossen Frank vollkommen, wenn er sagt, daß die konkreten Probleme der proletarischen Revolution in jedem Lande anders sind. Die gesamte Klasse einzusetzen, das haben wir zu lernen aus der russischen Revolution. Lenin hat gesagt, daß in Deutschland die Probleme und Formen der proletarischen Revolution von den deutschen Revolutionären erarbeitet werden müssen. Das ist für uns etwas Entscheidendes.

Ein Schlußantrag macht der Programmdebatte ein Ende.

Vom Genossen Hauschild wird bekanntgegeben, daß Begrüßungsschreiben von der Reichsvereinigung der sozialistischen Arbeiterkinderfreunde, den Saar-Genossen und der Polnischen Unabhängigen Sozialistischen Partei eingegangen sind. (Händeklatschen.)

Schlußwort des Genossen Weckerle:

Nach Stellungnahme zu den Abänderungsanträgen, die zum Aktionsprogramm vorliegen, führte der Redner u. a. aus: Eine Bemerkung gegenüber den Ausführungen des Genossen Liebknecht, der uns unterstellt hat, daß wir durch die vorgeschlagenen Formulierungen das revolutionäre Proletariat des Auslandes einspannen für nationalistische Ziele. Wir sprechen es ausdrücklich aus, daß eine Revision der Friedensverträge erfolgen kann nicht Seite an Seite mit dem Bürgertum, sondern nur Seite an Seite mit dem revolutionären Proletariat, weil wir glauben, daß alle diese Verträge nicht nur das deutsche Proletariat angehen, daß sie ebenso angehen das gesamte internationale Proletariat.

Im Rahmen der Kriegsschuldenfrage ist der Young-Plan nur ein kleiner Bestandteil. Die anderen Kriegsschuldenverträge liegen auf derselben Basis. Sie bedrücken die Arbeiterschaft der anderen Länder in demselben Maße, wie der Young-Plan die deutsche Arbeiterschaft bedrückt. Darum ist die Liquidierung der Kriegsschuldenfrage eine internationale Aufgabe, und zwar eine internationale Aufgabe des Proletariats. Es ist bemängelt worden, daß in unserem Aktionsprogramm nichts enthalten ist über die „Eiserne Front“. Ich möchte hierzu bemerken, daß diese eine ausführliche Behandlung findet in unserer Resolution zur Gewerkschaftsfrage.

Und dann ist weiter bemängelt worden, daß das Aktionsprogramm nicht eine klare Stellungnahme zum Kriege enthält. Ich glaube, daß die Formulierungen, die wir in unserem Aktionsprogramm in Verbindung mit der Prinzipienklärung, von der des Aktionsprogrammes nicht abgetrennt werden kann, gebracht haben, ausreichend ist. Ich bitte um eine möglichst einmütige Annahme des von uns vorgelegten Aktionsprogramms.

Schlußwort des Genossen Zwilling:

Es liegen drei Prinzipienklärungen vor: diejenige vom Parteivorstand mit dem dazugehörigen Aktionsprogramm, die Erklärung der Genossin Anna Siemsen und die des Genossen Reichenbach. Wir schlagen den Genossen vor, sich für eine von den drei Prinzipienklärungen zu entscheiden, und wir sind der Meinung, es soll die sein, die der Parteivorstand vorgelegt hat, und daß dann die beiden anderen für erledigt erklärt werden.

Dann schlagen wir den Genossen vor, zu einer endgültigen redaktionellen Ueberarbeitung die hier nachher von den Genossen angenommene Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm, der heute so für die Zukunft einzusetzenden Programmkommission zu unterbreiten, die noch im Laufe des heutigen Tages einen redaktionellen Schluß anzulegen hat, ohne daß an der Erklärung irgendein Punkt in der Sache geändert werden dürfte, und dann die Abstimmung über diese überredigierte Angelegenheit im weiteren

Verlauf des Parteitages endgültig vorzunehmen.

Die sämtlichen Programmwürfe, die eingereicht sind, und die Anträge dazu bitten wir, der Programmkommission für die Verwertung in ihrer Arbeit des kommenden Jahres zu überweisen.

Die Genossin Siemsen hob hervor, daß keine Prinzipienklärung die freie Diskussion in unserer Partei unterbinden dürfe. Selbstverständlich, der freie Meinungs-austausch der Parteigenossen untereinander, das fort-dauernde Ringen um die Fortschritte der geistigen Klärung darf durch nichts unter-bunden werden. Aber wenn die Genossin Siemsen sagte, die Prinzipienklärung könne nur die Basis für die Diskussion schaffen, dann ist sie in einem großen Irrtum.

Diese Erklärung muß die Basis für unsere Aktion, für unser Handeln schaffen, und dafür muß sie bindend sein, bis ein anderer Parteitag evtl. andere Beschlüsse fassen sollte.

Wenn der Genosse Schaller erklärt hat, daß er der Meinung sei, die Revolution müsse von der Mehrheit des Proletariats getrieben werden, so ist das eine Selbstverständlichkeit; aber das, worauf es ankommt, ist, daß man diese Mehrheit des Proletariats doch gar nicht vorher irgendwie feststellen kann, nicht parlamentarisch und auch nicht mit irgendwelchen anderen Methoden, sondern es ist die Aufgabe der Führerrolle der Partei, die Situation zu erkennen und nicht nur zu erkennen, sondern vorzubereiten durch die praktische Aktion, durch Aktionen die Mehrheit in Bewegung zu bringen, bis diese Aktionen gipfeln im revolutionären Kampf.

Ich möchte erinnern daran, was die Genossin Siemsen gestern sagte: „Der Staat muß verändert werden.“ Das steht aber nicht in ihrer Prinzipienklärung. Sie denken nicht an Zerbrechen, sondern an verändern. Dagegen muß man sich mit aller Entschiedenheit wenden.

Dann möchte ich noch auf ein Wort des Genossen Lewy eingehen. Er sagte, der Parlamentarismus sei bankrott, stehe bei uns, die Frage sei: für das Proletariat oder für die Bourgeoisie? So kann man die Frage nicht stellen. Die parlamentarische Demokratie ist die Herrschaftsform der Bourgeoisie in einer bestimmten Epoche. Wenn die Bedingungen dafür vorüber sind, ist der Parlamentarismus bankrott. Er hat keine Bedeutung mehr für die Bourgeoisie und keine für das Proletariat.

Es kommt darauf an, daß wir das Proletariat mit eigenem Bewußtsein an die Mauer führen, über die es im Kapitalismus nicht hinausgeht. Deshalb stellen wir Forderungen. Wenn sie nicht verwirklicht werden können im Kapitalismus, kommen wir zu schärferen Formen des Kampfes, zu tausenden Einzelkämpfen, die sich abwechseln, wie die Stunde es gebietet. Sie wachsen zusammen zu einem revolutionären Machtkampf. Das ist etwas anderes, als die Wiederherstellung des demokratischen Parlamentarismus.

Genosse Rück hat behauptet, ich habe gesagt, die wirklich sozialistische Gesellschaft gäbe es nicht in einem Land, und mit diesem Argument zu operieren sei ein Ausweichen. Wenn ich das wirklich gesagt hätte, wäre es ein verschwommener Begriff gewesen. Ich habe mir das Stenogramm geben lassen und festgestellt, daß ich gesagt habe, daß der endgültig vollendete Sozialismus in einem isolierten Lande nicht möglich ist.

Nun

zu Sowjetrußland.

Genosse Gerloff sagte, es sei nicht einmal Aufbau, und schon gar nicht vollendeter Sozialismus ist, was in Rußland ist. Es ist ein Aufbau des Sozialismus. Es werden die Grundlagen des Sozialismus in Sowjetrußland geschaffen. Wenn Gerloff sagte, es sei da eine nationalisierte Industrie. Wenn man den Charakter beurteilen will, kommt es darauf an, festzustellen, in der Hand welcher Klasse der Staat, die Unterdrückungsmaschine steht. Und eben weil Sowjetrußland ein Staat ist, dessen Unterdrückungsmaschine in den Händen der proletarischen Klasse ist, deshalb ist diese Industrie eine grundsätzlich andere, als etwa die deutsche Reichsbahn und kommunale Elektrizitätswerke.

Wenn Genosse Gerloff sagte: „Ich sage zu jedem Lande: zeige mir deine Gefängnisse, und ich will dir sagen, wer du bist!“, so ist das eine sehr reichlich primitive Formulierung (Beifall). Selbstverständlich gehören auch die Gefängnisse zum Staat, und ich will sagen, daß

auch eine deutsche proletarische Revolution ohne Gefängnisse nicht auskommen

wird. Ich möchte statt dessen sagen (Zwischenruf Reichenbach: „Wer drin sitzt im Gefängnis“), das wird entschieden durch den Kampf, der innerhalb des Landes stattfindet, dadurch, welche Notwendigkeiten gegeben sind, um die proletarische Herrschaft zu sichern (Starker Beifall), die wichtiger ist als selbst der beste, anständigste und klügste Kerl, den es gibt. Ich frage einen Staat, welche Klasse in ihm den Staatsapparat in Händen hat. Und in Sowjetrußland ist es die Arbeiterklasse, und deshalb ist der Charakter ein anderer.

Wir sind gegen Young-Plan und Reparationszahlungen.

Wie können wir uns von den Nationalsozialisten abgrenzen?

Es kommt nicht darauf an, was man fordert, sondern wie man es fordert und mit welchen

Kräften man dahin wirken will, diese Forderungen zu verwirklichen — oder sie nicht zu verwirklichen. Die Nazis fordern die Erwerbslosenfürsorge, und wir alle wissen, daß sie nur fordern, gestützt auf die Kräfte des Großkapitals, und daß sie damit niemals etwas tun werden, die Arbeitslosenversicherung zu verbessern. Wollen wir uns vielleicht hinstellen und dem deutschen Volk sagen: wir sind dafür, daß bezahlt wird, bezahlt und nochmals bezahlt? Ich glaube, jeder Genosse, der sich diese Frage einmal vorgelegt hat, wird begreifen, daß wir so nicht fordern können. Die Reparationen, ihre Abwälzung auf die Schultern der Arbeiterklasse, alles das sind Ergebnisse des kapitalistischen Systems. Wir müssen uns ganz klar abgrenzen gegen nationalsozialistische Bundesgenossenschaft.

Unsere Aufgabe ist es, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß wir die KPD unter Druck setzen und nicht mit der Perspektive der bewußten Zerstörung und Vernichtung, sondern der Perspektive, die Vereinigung der gewaltigen revolutionären Kräfte, die in der kommunistischen Partei sind, mit uns zu bewerkstelligen.

Genosse Ledebour hat gesagt, wenn wir in unserer Erklärung sagen, es bestehe ein

unüberbrückbarer Gegensatz zur SPD,

bestünde die Gefahr. Wir wissen wohl, daß die sozialdemokratischen Arbeiterentwicklungsfähig sind. Aber die Sozialdemokratie als Partei ist es nicht mehr, und es kommt darauf an, das festzustellen. Darum müssen wir in diesem Punkt unerbittlich sein.

Der Genosse Kappel sagte, unsere Jugend brauche eine Aufgabe. Nicht nur unsere Jugend, die Arbeiterklasse braucht eine Aufgabe, und diese Aufgabe hier zu stellen, das ist die Pflicht, die wir als Partei zu erfüllen haben.

August Bebel sagte 1903 auf dem Dresdner Parteitag: „Mein alter Freund Wilhelm Liebknecht hat einmal gesagt, man muß bereit sein, die Taktik in 24 Stunden 24 mal zu ändern und

ich füge hinzu: und bei keiner einzigen dieser Änderungen dürfen wir den festen unerschütterlichen Boden unserer Grundsätze und Prinzipien verlassen, denn das würde den Weg der Partei in die Vernichtung bedeuten!“

Zur Abstimmung schlägt Genosse Seydewitz vor, alle Programmwürfe der neuen Programmkommission zu überweisen, die aus den Genossen Kleineibst, Schaller, Walcher, Weckerle, Schlur-Dortmund, Liebermann-Dresden, Reichenbach-Düsseldorf, Lewy, Sternberg, Thomas, Frölich, Anna Siemsen, Ledebour, Zwieling, Rosenfeld, Seydewitz und Elsa Wiegmann bestehen soll und der eine Redaktionskommission aus den Genossen Zwieling, Frölich und Weckerle zur Seite tritt. Auch die vorliegenden Anträge sollen zur Vorbereitung zunächst an die Programmkommission gehen, ebenso das Aktionsprogramm mit den vom Parteivorstand vorgeschlagenen Änderungen. Die ersten beiden Vorschläge werden einstimmig, der dritte gegen 3 Stimmen akzeptiert.

Beschlossen wird weiter, aus den drei vorliegenden Prinzipienklärungen eine auszuwählen, der Programmkommission zur Vorbereitung zu überweisen und zur Grundlage der weiteren Arbeit zu machen.

Die Prinzipienklärung Kleineibst-Anna Siemsen erhält 12, die des Genossen Reichenbach 9 und die des Parteivorstandes 72 Stimmen.

4 Delegierte enthalten sich der Stimme.

Die Resolution des Parteivorstandes zur politischen Lage wird gegen 8, die Gewerkschaftsresolution gegen 4 und ein Antrag, ein besonderes Wirtschaftsprogramm zu schaffen, ebenfalls gegen 4 Stimmen angenommen.

Mitgliedschaft auf wirtschaftlichem Gebiet verpflichtet, so müssen wir das auch auf kulturpolitischem Gebiet tun. Im § 9, der sich mit dem Schutzbund befaßt, schlagen wir vor, anstatt des Wortes wehrhaft zu sagen: besonders aktiv. Es ist nicht klar genug festgestellt, inwieweit die Funktionäre mit ihrem Einkommen gebunden sind. Wir haben eine Einschaltung gemacht, daß ein gewisses Höchstgehalt nicht überschritten werden darf.

Decker:

Wir hatten im vorläufigen Organisationsstatut den Grundsatz aufgestellt, daß alle Wahlen für die Funktionäre der Partei und für sonstige Ämter, die nach außen herausgestellt sind, geheim und nach der Verhältniswahl stattfinden. Nach unseren Erfahrungen ist der Grundsatz der Verhältniswahl notwendig, um zu verhindern, daß immer nur der Mehrheitswille entscheidet. Ich möchte bitten, daß der Grundsatz des Verhältniswahlsystems im Organisationsstatut verankert wird. Es wurden Stimmen laut, die forderten, daß nicht nur die Spitzenfunktionäre, sondern auch das letzte Parteimitglied aus der Kirche austreten soll. Das geht zu weit. Wir haben Bezirke, in denen sich die Mehrheit der Bevölkerung zusammensetzt aus Menschen, die aus irgendwelchen Gründen der Kirche angehören. Wir würden den Raum der Partei durch eine solche Forderung gewaltig verengen.

Kappel-Schwelm:

§ 2 unseres Organisationsstatuts sieht im 2. Satz vor: „Jeder Parteigenosse soll, soweit es sein Beruf zuläßt, den freien Gewerkschaften angehören.“ Ich bitte, daß anstatt des Wortes „soll“ „muß“ gesetzt wird und darüber hinaus eingeschaltet wird, daß Ausnahmen nur mit Zustimmung des Parteivorstandes zulässig sind. Im Bezirk Mittelrhein stehen wir auf dem Standpunkt, daß leitende Funktionäre aus der Kirche ausgetreten sein müssen, aber von jedem kleinen Funktionär zu verlangen, daß er den Nachweis für seinen Kirchenaustritt erbringt, halten wir für bedenklich.

August Siemsen:

Ich habe auch den dringenden Wunsch, daß alle unsere Mitglieder Freidenker sind. Aber ich sage hier dasselbe, was ich auf dem Parteitag der USP 1920 gegenüber einem Antrag Berliner Genossen sagte: wir können nicht Mitglieder erster und zweiter Klasse schaffen. Das geht nicht. Es ist die Aufgabe derer, die Funktionäre wählen, nur solche zu ernennen, die allen ihren Ansprüchen genügen.

Freischläger-Ahlen:

In dem auf der Reichskonferenz angenommenen Organisationsstatut heißt es u. a.: „Jeder Reichstagswahlkreis soll möglichst einen Bezirk bilden.“ Man hat diesen Passus jetzt weggelassen und dadurch eine Situation beschert, die bedenklich für unsere Organisation werden kann. Ich erwarte, daß dieser Passus im Statut beibehalten wird. Für Parteimitglieder, die für Mandate und als Kandidaten in Frage kommen, ist eine dreijährige Parteimitgliedschaft erforderlich. Weiter muß ich feststellen, daß auch der Passus fallen gelassen wurde: „Zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl ein Vertreter zu gewähren.“ Die Genossinnen haben das Recht, im Rahmen der Partei ihre Rechte gewahrt zu sehen. Doppelmandate sind in unserer Partei untragbar. Zur Gehaltsfrage stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir im Interesse der Partei grundsätzlich beschließen, für sämtliche Angestellte unserer Organisation nur den Höchstlohn eines qualifizierten Arbeiters festzusetzen.

Thiermann-Baden:

In einer Broschüre führt Lenin aus, daß religiöse Fragen in einer proletarischen Bewegung nicht erstrangige Fragen sein dürfen, sondern die ökonomischen und wirtschaftlichen Fragen. Trotzdem, glaube ich, müssen wir daran festhalten, daß die Spitzenfunktionäre die Konsequenzen gegenüber der Kirche gezogen haben. Wir müssen verlangen, daß die Mitglieder des Parteivorstandes, die Mandatäre und zumindest die Ortsgruppenvorsitzenden diese Konsequenzen gezogen haben müssen.

Schlußwort des Genossen Eckstein:

Genosse Portune hat angeregt, im Parteistatut festzulegen, daß die Aufstellung der

Kandidaten für den Parteitag, die Aufstellung der Kandidaten für die Parlamente stets durch Urwahl zu geschehen hat. Wir haben alle nichts gegen das Urwahlprinzip. Ich bitte jedoch, keine Verpflichtung hierzu in das Statut hineinzusetzen.

In unserem Statut steht, daß ein Vorsitzender besoldet werden kann. Ich stelle fest, daß sämtliche Mitglieder des Vorstandes seit Gründung der SAP ihre Arbeit ehrenamtlich getan haben, und zwar hundertprozentig ehrenamtlich, vom Genossen Seydewitz bis zum letzten Mitglied des Vorstandes. Das muß gegenüber Verleumdungen festgestellt werden.

Funktionär und Kirchenaustritt — ich habe schon gestern gesagt, soweit mir bekannt, sind alle in Betracht kommenden Spitzenfunktionäre aus der Kirche ausgetreten. Darüber hinaus halte ich es für richtig, daß jeder, der eine Funktion hat, diese Forderung erfüllt. Ich halte es bloß für unpraktisch, das ins Statut hineinzusetzen.

Die Frage der Gewerkschaftszugehörigkeit ist vom Genossen Schlur angeschnitten worden. Wir haben nur eine Sollbestimmung, keine Mußbestimmung. Es gibt Ausnahmefälle, aber diese sollen auf das äußerste Maß begrenzt werden.

Genosse Freischläger hat sich dagegen gewendet, daß die Bezirke sich nicht mehr mit den Wahlkreisen decken werden. In einer Zeit, wo das Parlament immer mehr an Wichtigkeit verliert, in einer Zeit, wo unsere Organisation immer weniger eine Wahlorganisation und hoffentlich immer stärker eine revolutionäre politische Kampforganisation sein wird, kann die Abgrenzung der Bezirke nicht unter allen Umständen von der Wahlkreiseinteilung abhängig gemacht werden. Sie kann auch unter anderen politischen Zweckmäßigkeitsgründen erfolgen.

Daß die Frauen überall in den Organisationen und Instanzen beteiligt sein müssen, haben wir auf Wunsch der Frauen aus dem Statut gestrichen. Sie haben uns erklärt, daß sie gerade in dieser Bestimmung eine Mindererschätzung ihrer Persönlichkeit ersehen.

Ich bitte, das Statut mit den von mir vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen und alle anderen Anträge als erledigt zu erklären.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte folgt die

Abstimmung über das Statut

Im Statut ist zunächst beim § 12 eine Abänderung vorgeschlagen. Es heißt dort:

„Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er führt die Geschäfte der Partei und besteht aus zwei Vorsitzenden und 11 Beisitzern.“

Statt 11 sollen 13 Beisitzer in das Statut hineinkommen. Die Abänderung wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Unmittelbar nach diesem Satz heißt es:

„Er besteht aus zwei Vorsitzenden und 13 Beisitzern, von denen einer vom SJV benannt wird.“

Dieser Zusatz wird einstimmig angenommen.

Beim § 20 kommt noch hinzu:

„Wenn ein Mitglied des erweiterten Vorstandes verhindert ist, an einer Sitzung teilzunehmen, kann die zuständige Bezirksorganisation einen Vertreter delegieren.“

Der Zusatz wird einstimmig angenommen. § 28 lautet:

„Doppelmandate sind nicht zulässig. Uebnahme eines parlamentarischen Mandates durch Verwaltungsfunktionäre des Staates und der Kommunen in leitender Stellung soll in der Regel vermieden werden. Ausnahmen beschließen die zuständigen Parteiorganisationen.“

Auf Antrag des Genossen Eckstein soll statt „Ausnahmen beschließen die zuständigen Parteiorganisationen“ gesetzt werden: „Ausnahmen beschließt der PV“. Der Antrag des Gen. Eckstein wird abgelehnt, die alte Fassung bleibt bestehen.

Zu der Frage der Diäten wird der Antrag Breslau gegen wenige Stimmen angenommen.

Das Statut wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind alle übrigen Anträge als erledigt zu betrachten.

Das Parteistatut

Bericht des Genossen Eckstein

Im Organisationsleben der Arbeiter-Parteien ringen zwei Prinzipien miteinander: das Prinzip der starren Führung der Arbeiterbewegung und das Prinzip der demokratischen Bewußtseinsbildung innerhalb der Bewegung, zwei Prinzipien, die immer wieder, wenn die Arbeiterbewegung nicht zum Toe verurteilt sein soll, in der Synthese zum Ausdruck gebracht werden müssen, die allein das Leben der Organisation garantieren kann. Das fertig zu bekommen ist die Aufgabe der Statutenkommission gewesen. Wir gehen davon aus, daß die SAP die Aufgabe hat, im Rahmen ihres Programms und der Beschlüsse ihrer Parteitage den Klassenkampf des Proletariats in Deutschland zu organisieren.

Die Grundlage der Organisation soll wie bisher der Ortsverein sein. Nicht die Bezirksorganisation, sondern der Ortsverein. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß das politische Leben an sich in der Partei demokratisch dezentralisiert sein soll, bei aller Zentralisation der Führung und der politischen Willensanschauungen.

Wir sprechen weiter von der Bildungsarbeit, aber von der marxistisch-revolutionären Bildungsarbeit, lassen ein Bekenntnis folgen für die Zusammenarbeit mit der proletarisch-revolutionären Jugend. Wenn die SAP heute in den Herzen nicht nur, sondern auch in der Geschichte des deutschen Proletariats bereits eine Rolle spielt, so ist das vor allem zu danken dem Elan, der ausgeht von dem SJV, und von den Kreisen der revolutionären Jugend, die sich um ihn gruppieren. Deswegen müssen alle Organisationen und Unterorganisationen der Partei verpflichtet werden zur Zusammenarbeit mit dem SJV und zu seiner Förderung.

Ebenso bitte ich alle Kreise der Partei, alle Richtungen und Strömungen, die sich hier ausgedrückt haben, die Förderung des Schutzbundes nicht zu unterschätzen. Es ist sicher kein Zufall, daß die SAP das festeste Fundament hat, wo der stärkste Schutzbund ist. Wichtig ist die Frage, wie der Parteivorstand zusammengesetzt sein soll. Wir stehen auf

dem Standpunkt, um den innerhalb der Kommission mit Ernst und Eifer gerungen wurde, daß ein geschäftsführender Vorstand eingesetzt werden soll: 2 Vorsitzende, 11 Beisitzer, die aus Berliner Genossen zusammengesetzt sein sollen. Diesem engeren Vorstand soll ein Erweiterter Vorstand beigelegt werden, bestehend aus 10 Genossen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß gerade die Zellen im Reich, nicht allein Berlin, durchaus ein entscheidendes Recht, über alle Fragen zu beraten, erhalten müssen.

4. Tag

Diskussion über das Statut

Portune-Frankfurt a. M.:

Das Statut besitzt noch einige Mängel. U. a. bitte ich, § 29 folgende Fassung zu geben: daß die Einkommen der Mandatäre, wenn sie gleichzeitig noch andere Einkommen haben, angerechnet werden, und daß die Höchstgrenze des Einkommens vom Parteitag bestimmt wird. Der neugewählte Vorstand wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, und endgültig bestimmt der Parteitag.

Hebeisen-Offenbach:

Der Antrag, der verlangt, daß in das Statut aufgenommen wird, daß Funktionäre der Partei nicht mehr Mitglieder einer Religionsgemeinschaft sein dürfen, ist etwas, was von uns akzeptiert werden muß. Doppelmandate möchte ich bitten abzulehnen, und zwar, weil es eine Zurücksetzung der anderen Funktionäre ist, wenn man einem Genossen alle Ämter anvertraut und die anderen, die auch noch über einige Qualitäten verfügen, dadurch ausschließt, Vertrauensämter der Partei zu besetzen.

Schlur-Dortmund:

Es ist die Rede davon, daß wir unsere Mitgliedschaft verpflichten, einer freien Gewerkschaft anzugehören. Wenn wir unsere

schlecht schläfriger Klatsch durch die Stadt. Da humpelt er mit der verschwundenen Alten durch die schmutzigen Fliesen vor dem Kirchenportal. Dort sitzt er verborgen im Busen eines verkommenen Mannes, der vor kurzem noch rund und dick war, jetzt aber hängt sein sehniger Hals tief im Biberkreuz, und eifrig schlägt er das Kreuz auf die gelben Falten seiner Runzeln. Der Mann, der vor kurzem noch dick war, fühlt plötzlich ein Jucken im Rücken: er wendet zum Nachbar die Schulter und flüstert:

„Wissen Sie schon?“

„Wir wis—sen, wir wis—sen, wir wis—sen!“ — läuten oben die Glocken.

Monoton und heiser liest der verschlafene Diakon; während der Pope brummig erkriechen hin und her taucht in die Schwaden des bläulichen Weihrauchs, schwenkend die rauchige Schale vor dem düsteren Glanz der pompösen Gewänder der verräucherten Heiligen.

„Wissen Sie schon, daß der Mexikanische Zar Belinder den Bolschewiki Krieg erklärt hat?“

„Der Mexikanische Zar Belinder? Hab' ich noch gar nicht gehört. An welcher Front?“

„Der kommt übers Meer. Und führt mit

sich Aeroplane, Aeroplane, Aeroplane . . . und Kanonen, die schwimmen unter dem Wasser, schießen aber treffsicher: sie sind gar nicht zu sehen und bringen dem Feinde Tod und Vernichtung. In wenigen Tagen muß er schon hier sein, und dann ist es aus mit allen Kommunisten.“

„Schießen im Wasser? Womit denn? Die Geschosse würden ja naß?“ schaut ihn der andere mißtrauisch an.

„Die Geschosse, Verehrtester, sind nicht mit Pulver gefüllt, sie schießen mit stinkenden Gasen. Wer sie einatmet, ist auch gleich tot.“

„Was wird dann mit uns?“

„Wir werden in unseren Häusern bleiben, solange diese Seuche nicht ganz vernichtet ist.“

Der Nachbar hört aufmerksam zu mit erhobenen Brauen; daneben die Dame mit hängendem Kropf und gepudertem Nase, die hart aus dem dicken, samtigen, verzausten, mit Straußenfedern verzierten Hut hinausragt, lauscht mit schmerzlich geöffnetem Mund, um gierig auch ein Wörtchen aus dem Gespräch zu schnappen.

Das Geflüster des kreisenden Klatsches

schleicht mit dem brenzlich riechenden Weihrauch in die entferntesten Winkel der Ohren.

„Wissen Sie? Tss—tss—tss . . .“

„Die Kommunisten laufen davon wie die Mäuse . . . tss . . .“

„Lenin hat Trotzki eigenhändig den Kopf abgehakt, bei Gott, daß ich vom Platze nicht aufstehe . . . mein Neffe ist gestern aus Moskau gekommen, er hat selbst gesehen, er dient dort im Kreml.“

„Ist er denn Kommunist?“ und feindliche, spöttische Blicke durchbohren die Alte.

„Behüt' mich die heilige Mutter Gottes! Was sagen Sie nur: Kommunist . . . Um nicht Hungers zu sterben, ist er bei den Wichten, daß der Teufel sie hole, in Stellung!“

„Und haben Sie schon gehört, Ignatjew liegt im Kreieren. Gestern tat sich dort was, die Aerzte sollten ihn retten. Es wächst ihm aus dem Bauche ein Darm; der verfluchte Jude, und alles vom Saufen, mag ihn nur schnell der Satan holen!“

„Gestern hat man wieder in der Tschecha achthundert Menschen erschossen. Es waren tausend verhaftet und achthundert erschossen. Zweihundert haben sich losgekauft . . . tss—tss . . .“

„Wie denn?“

TARASSOFF-RODIONOFF
SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original angekürzt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Ramm.
Copyright by Franz Pleinert, Berlin-Wilmersdorf.

11. Fortsetzung.

Den Kopf auf die Knie gesenkt, magte sie lautlos das Taschentuch, doch im Herzen weitete sich ein heißer, bitterer Ballen . . . bis er in Tränen zerfloß. Sie erhob sich langsam, sagte kein Wort, und ging mit verbissenen Lippen schweigend hinaus; die Türe schloß sie lautlos.

Still war es im Zimmer, und die leere Müdigkeit überdeckte allmählich Sudin. Er legte sich den zusammengerollten Mantel unter den Kopf und streckte sich aus, um ein wenig auf dem Sofa zu schlafen. Später hörte er im Einschlafen, wie Agafja den schon erloschenen Ofen zumachte.

IV.

Wie dicke Schlangen im schwarzen Schlund